

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Postzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Freitag, den 4. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“.

Die Scharfmacher sammeln Schmiergelder zur Reichstagswahl.

Ein Rundschreiben des Zentralverbandes der Industriellen, das die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht, fordert zur Sammlung von Wahlgeldern für die bevorstehenden Reichstagswahlen auf. Es ist bekannt, daß die Zentralverbandsscharfmacher vor einigen Monaten eine besondere „Kommission zur Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds“ eingesetzt haben. Diese Kommission hat nun die Sammlungen zur Füllung ihres „Juliussturm“ begonnen. Der Vorstand dieser Kommission wird gebildet von den Herren Th. W. Schmidt, Direktor der Vogtländischen Spinnerei Hof in Bayern, G. Hertle, Direktor der Leipziger Baumwollspinnerei Leipzig-Lindenau, Geh. Bergrat Hilger, Berlin, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte, und Th. Müller, Direktor der Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen.

Über die Tendenz der Gründung sagen die Namen des Königs Stumm, des Bergrats Hilger, dieses einstigen brutalen Skavenhalters in den kgl. preussischen Saargruben, und der beiden Textilbarone genug. Gefordert wird von den angeschlossenen Unternehmern $\frac{1}{2}$ Promille der im letzten Jahre gezahlten Lohnsumme als regelmäßiger Jahresbeitrag für den Wahlfonds.

Dem Rundschreiben, das an die „mittelbaren und unmittelbaren Mitglieder“ des Zentralverbandes der Industriellen gerichtet ist, sind vier Anlagen beigelegt. Die eine enthält die Resolution des Ausschusses auf Schaffung des Wahlfonds, die zweite nähere Angaben über die Zusammensetzung der Kommission, die dritte eine deutliche Abjage an den Hansabund, der aus entgegen gesetzten sozialen Richtungen besteht und daher, wenn auch sonst brauchbar, doch nicht in der Lage sei, allgemein wohlwollend auf die Wahlen einzuwirken; der Zentralverband der Industriellen habe es jedenfalls satt, mit seinem Gelde Leute zu unterstützen, die nachher im Reichstag „als entsetzliche Gegner der Industrie in sozialer Beziehung“ auftreten. Dieser Stuch des Zentralverbandes richtet sich offenbar gegen die paar Freisinnigen und Liberalen, die nicht bedingungslos mit den Scharfmachern gehen.

Interessanter aber ist die Anlage B, die genau über die beabsichtigte Taktik der Juliusstürmer informiert. Sie trägt den Titel „Begründung“ und beginnt mit einer außerordentlich lebhaften Klage über die Fortführung der Sozialpolitik durch den Reichstag. Die dringendsten Bitten, Mahnungen und Proteste der Industriellen dagegen seien umsonst gewesen, die der Industrie „abträgliche“ Gesetzgebung werde fortgesetzt, Mißstimmung, ja starke Erbitterung seien die Folge. Solche Klagen von der Seite zu hören, macht viel Spaß. Man muß dazu nur bedenken, daß der Reichstag seit den Hottentottenwahlen von 1907 außer dem durch internationale Abmachung festgelegten Neunjahresgesetz für Arbeiterinnen nicht ein einziges Arbeiterrechtsgesetz zustande gebracht hat, daß Delbrück, der, statt die sozialen Schäden ernsthaft zu kurieren, sie mit weißer Salbe bestrich, Staatssekretär ist und alle seine letzten Vorträge, Arbeitskammergesetz, Gewerbeordnungs-Novelle und Reichsversicherungsordnung, nach den Diktaten der Scharfmacher verfaßt sind.

Die „Begründung“ hat aber eine Entschuldigung für den „sozialpolitischen“ Reichstag bereit: der Reichstag verstehe es nicht besser. Nur die Sozialdemokraten „und einige sorgfältigere Sozialisten in den bürgerlichen Parteien“ bedrohten ernsthaft den Profitt. Die Masse der bürgerlichen Abgeordneten ist aber nach Ansicht der Zentralverbandsscharfmacher nur dumme, und diese Dummheit ist heilbar durch Geld. Darüber heißt es nun wörtlich in der Begründung:

„Sene die Interessen der Industrie so schwer verletzenden Gesetze sind zustande gekommen, weil im Reichstag Männer fast gänzlich fehlen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen in den Industrien, mit deren Interessen und Lebensbedingungen vertraut sind, die andererseits auch deren Bedeutung für den Staat, die Bevölkerung und das Wirtschaftsleben bis in die Einzelheiten genau kennen und dies verstehen, dieser Kenntnis Geltung zu verschaffen. Wir sind überzeugt, daß bei richtiger Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse die große Mehrheit der Abgeordneten von dem Banne der volkswirtschaftlichen, sozialistischen und sonstigen theoretischen Anschauungen und der parteipolitischen Rücksichten befreit werde, unter dessen Einwirkung sie jenen Gesetzen zugestimmt haben.“

„Reichlich ist über den Mangel sachkundiger Männer in unsern Parlamenten geklagt, auch die Ursache dieses Mangels wohl erkannt worden. Die Industrie hat keine Wähler. In den überwiegend industriellen Wahlkreisen sind ihr die Wähler durch die Arbeiterorganisationen, vornehmlich durch die der Sozialdemokratie, entzogen worden; in den andern Wahlkreisen hat das Überwiegen der wahlaktiven und parteipolitischen Interessen der Vertretung industrieller Bedürfnisse keinen Raum gewährt. Hier muß eingegriffen werden, um eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, im gegebenen Falle eine Verständigung zugunsten der Industrie herbeizuführen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Industrie der andern Seite auch etwas zu bieten hat.“

„Solange politische Wahlen bestehen, ist es immer die vornehmste Aufgabe der Parteien und ihrer hervorragenden Führer gewesen, so viel Geld als möglich zur Verwendung bei den Wahlen zusammenzubringen. Daraus ist zu ersehen erstens, daß mit Geld auf den Ausschlag der Wahlen im Interesse derer, die es hergeben, eingewirkt werden kann, und zweitens, daß die Sammlung und Verwendung von Geld zu Wahlzwecken als vollkommen legal angesehen wird; das natürlich nur, wenn die Verwendung eine durchaus loyale ist.“

„Erfahrungsgemäß ist bei den Wahlen sehr viel durch eine an sich durchaus erlaubte Agitation zu machen, die jedoch meistens sehr große Summen erfordert. Können diese von der Industrie zur Verfügung gestellt werden, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Parteien bzw. die Wahlkandidaten mit ihr paktieren, um sich die Unterstützung der Industrie durch die Berücksichtigung ihrer Interessen zu sichern. Das kann wohl geschehen, ohne daß die Kandidaten ihre grundlegenden Überzeugungen aufgeben, ihre Ansichten wechseln oder sich gar in ein unwürdiges Abhängigkeitsverhältnis von der Industrie begeben; es werden daher auch nur solche Fälle ins Auge zu fassen sein, in denen derartige Verhältnisse von vornherein ausgeschlossen sind.“

„Es kann auch nicht die Rede davon sein, in absehbarer Zeit auf dem hier bezeichneten Wege eine die Interessen der Industrie würdigende und vertretende sichere Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen. Sehr viel wird aber gewonnen sein, wenn es gelänge, zunächst auch nur die Wahl einer kleineren Anzahl von Männern durchzuführen, die es verstehen, sachkundig die gewerblichen Verhältnisse darzulegen und für deren Interessen einzutreten.“

„Es ist auch eingewendet worden, daß die Einwirkung in allen Wahlkreisen Unerwünschliches an Arbeit und Geld erfordern würde. So soll aber auch nicht vorgegangen werden. Die überwiegende Mehrheit der Wahlkreise befindet sich sozusagen in festen Händen; auf diese Arbeit und Geld zu verwenden, würde töricht sein. Es sollen nur solche Wahlkreise mit zweifelhaften, schwankenden Mehrheiten, in denen verschiedene Parteien um den Sieg kämpfen, der der einen oder andern Partei durch das Eintreten der Industrie erleichtert oder gesichert werden könnte, ins Auge gefaßt werden. Solche Wahlkreise aufzusuchen, in diesen mit Hilfe besonderer Kommissionen oder Vertrauensmännern tatkräftig und energisch zu wirken, das wird die Hauptaufgabe des Geschäftsführers der für den Wahlfonds eingesetzten Kommission sein.“

Man kann unserm Chemnitzer Parteiblatt vollkommen beistimmen, wenn es schreibt:

„Wir wollen nicht mit den Herren vom Juliussturm darüber streiten, ob ihr Vorgehen loyal und durchaus erlaubt ist. Wir halten es für schädlich und für elende schmutzige Korruption, wenn Kandidaten oder Parteien, um Geld zu bekommen, mit irgendwem „paktieren“ und irgendwelche Zugeständnisse machen; aber die Ritter vom Mammon werden darüber natürlich ganz anders urteilen.“

Nicht auf das Moralische, sondern auf das Politische kommt es uns an. Die Juliusstürmer werden bis zur nächsten Wahl etwa 10 Millionen Mark in ihren Geldschränken haben, 10 Millionen, herausgeschunden aus Arbeiterknochen und Technikerhirnen. Mit dieser Riesensumme werden sie in allen nicht ganz sicheren Wahlkreisen eine Riesenangitation gegen uns entfalten. Eine unendliche Zahl von Flugchriften und Wanderrednern werden das Land überschwemmen, die nationalliberale Partei aber wird mit Industriellengeld geködert, alle Linksschwenkung aufgeben und nur noch mit Scharfmachern die Stichwahlkandidaten werten. Offen werden die Scharfmacher dabei nirgends hervortreten, sondern stets nur insge-

heim Geld geben und dafür den „nationalen“ Kandidaten den Treueid abnehmen.

So steht uns wirklich ein heißer Kampf bevor, und die Wahlbeteiligung wird mindestens die vom vorigen Male erreichen. Möchten deshalb unsere Genossen keine Stunde mehr versäumen, sich für diesen großen Tag des Volksgerichts zu rüsten und unsere Organisationen für alle Möglichkeiten stark genug zu machen. Möchten sie vor allem die Arbeiterpresse immer weiter hindustragen. Nur wenn die Arbeiterklasse unermüdet die es Jahr vor der Reichstagswahl für die Verstärkung unseres Kampfesheeres und die Einübung auch des letzten Rekruten der Proletarierarmee sorgt, nur dann werden wir 1911 den großen Sieg erringen und die volle Rache für die Hottentottenwahlen nehmen, die wir alle mit glühender Leidenschaft herbefehlen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

In seiner langen Donnerstagssitzung setzte der Reichstag die Beratung der zahlreichen Einzelkapitel und Einzelartikel des Reichsamt des Innern fort. Genosse Schwarz-Lübeck, der Leid und Freud des Seemanns am eigenen Leibe erfahren hat, legte überzeugend die Notwendigkeit wirkamer Schutzmaßnahmen gegen das gewissenlose Reederkapital dar. Genosse Brey schilderte das Arbeiterelend in der menschenverwüsthenden chemischen Industrie, Genosse Legien wies auf die Mängel der Streikstatistik hin, und Genosse Lehmann-Wiesbaden lenkte wiederum die Aufmerksamkeit des Hauses auf die furchtbare Geißel so vieler Arbeiterkategorien, die Bleivergiftung. Trotz des erdrückenden, vom Genossen Brey vorgebrachten Materials, lehnte das Haus unsere Resolution zugunsten der chemischen Arbeiter ab, während die Resolution auf Verbesserung der Streikstatistik angenommen wurde, obwohl Ernst in gewohnter Ungeheuerlichkeit die Annahme zunächst nicht gelten lassen wollte. Unter den bürgerlichen Rednern dieses Tages zeichnete sich durch halb-freiwilligen, halb-unfreiwilligen Humor der freisinnige Schlächtermeister Robert Magdeburg aus. Zur Wohnungsfrage erging sich Justizrat Junker-Leipzig in typisch nationalliberalem Einerseits-Anderserseits.

Am Freitag wird die Beratung fortgesetzt. Man hofft, an diesem Tage mit dem Etat des Innern zu Ende zu kommen.

Mit der Trennung von Kirche und Staat

bejahren sich allmählich auch die evangelischen Kirchengemeinschaften. Im h.d.d.schen Landtag wurde vor kurzem diese Frage erörtert und deshalb schreibt jetzt der „Reich-Gottes-Vote“, das Vereinsblatt der inneren Mission Badens, in seiner neuesten Nummer:

„Auch uns schwebt als höchstes Ziel für die kirchliche Entwicklung die völlig freie Staatskirche vor. Diese soll niemand zwingen und von niemand gezwungen werden. Für die Kirche bedeutet die Trennung vom Staate eine Befreiung. Wir sehen ohne Furcht dem Tage entgegen, wo das bisherige Verhältnis aufhört zu sein.“

Nun also, dann akzeptiere man doch auf jener Seite die in den Parlamenten wiederholt gestellten sozialdemokratischen Anträge. Das Zentrum allerdings, die politische Vertretung der katholischen Kirche will von der Trennung nichts wissen. Es hat bei dem bisherigen System die besten Geschäfte gemacht.

Wieder ein Arbeiterverrat des Zentrums.

Zum Etat des Reichsamt des Innern hatten die Polen den Antrag eingebracht, zunächst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. die Freizügigkeit und Freiheit des Arbeitsvertrages den Bergarbeitern gewährleistet werden,
 2. paritätische Arbeitsnachweise unter Aufsicht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer errichtet werden.
- Bei der Abstimmung beantragte der Abg. Gröber (Zentrum) getrennte Abstimmung. Dann stimmte die übergroße Mehrheit des Zentrums, unter Führung der Abgg. Gröber und Dr. Pieper, gegen den paritätischen Arbeitsnachweis, der infolgedessen auch abgelehnt wurde. Nur etwa 10 Zentrumsleute unter Führung des Abg. Erzberger stimmten für den paritätischen Arbeitsnachweis. Damit hat das Zentrum dem Zechenarbeitsnachweis der Unternehmer die Sanktion erteilt und die Hunderttausende der Bergarbeiter den Zechenbaronen auf Gnade und Ungnade überliefert. Die Zechenbarone können mit dem Zentrum zufrieden sein.

Die Geschäftslage im Reichstage.

Der Seniorenkongress des Reichstages verliert Donnerstag wieder über die Einteilung der Geschäfte des Reichstages. Vor Ostern soll der Etat, wenn möglich bis zum 19. März fertiggestellt werden eventuell wird aber der Reichstag noch am 21. und 22. März tagen müssen. Für die einzelnen Ressorts sind vorgegeben: für das Reichsamt des Innern noch 3 Tage, für die Marine drei Tage, für Post- und Reichsdruckerei 3 Tage, Reichs-eisenbahnen 1 Tag, Reichskanzlei und Auswärtiges Amt 3 Tage, Reichsfinanzamt und andere kleine Sachen 1 Tag. Für die dritte Lesung sind 2 Tage vorgegeben. Die Verlesungen sollen 3 Wochen betragen, und zwar vom 22. März bis 12. April. Eine Reihe von Gesetzentwürfen, die jetzt eingebracht worden sind, werden erst nach Ostern zur Beratung gestellt werden. Der Präsident ist der Meinung, daß eine Vertagung statt des Schlußes der Session eintreten wird. Die Vertagung würde dann vor dem Himmelfahrtstage beginnen. Bis dahin soll erledigt werden, was möglichst erledigt werden kann.

Aus der Budgetkommission des Reichstages.

Die Budgetkommission erledigte Donnerstag den Etat der Militärverwaltung für Kiankschon. Von den Zahlmeisterstellen wurden 4 gestrichen, da ihre Zahl sehr viel höher ist, als bei den Truppen in der Heimat und in keinem Verhältnis zu den zu verrichtenden Arbeiten steht. Weiter wurden abgestrichen von den Reise- und Anzugskosten 136 000 Mk., bei der Forderung für Abfertigungs-transporte an die Dampfschiffahrtsgesellschaften 60 000 Mk. Beim Titel Werftbetrieb wird abermals laute Klage über die Undurchsichtigkeit des Etats erhoben und es wird verlangt, daß die Verwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen geführt und alljährlich von den Wirtschaftsbetrieben der Kommission eine Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt wird. Bei den einmaligen Ausgaben werden von den Hafenbauten, wofür 376 000 Mk. angefordert sind, 25 000 Mk. und von den 150 000 Mk., die für Wege- und Wasserbauten eingestellt sind, 50 000 Mk. abgestrichen. Bei den Einnahmen wird kritisiert, daß die Europäer in Kiankschon, abgesehen die Kaufleute viel Geld verdienen und die Beamten höhere Gehälter bezögen, keinen Pfennig Einkommensteuer bezahlen. Von Regierungsseite wurde betont, daß man in Affen für eine Einkommensteuer kein Verständnis habe, daß die Verwaltung aber bestrebt sein werde, demnächst andere, Gewerbesteuer usw., einzuführen.

Der Wahlrechtsbalg.

Am Donnerstag begann in der Wahlrechtskommission des Dreiklassenhauses die zweite Lesung der Vorlage. Es ist kein Zweifel mehr, daß in der Zwischenzeit Zentrum und Konservative Übereinstimmung erzielt haben über ein endgültiges und umfassendes Kompromiß. Die geheime Abstimmung bei den Urwahlen wurde mit derselben Mehrheit wie in der ersten Lesung beschlossen. Das Zentrum erklärte zwar, für die allgemeine geheime Wahl zu sein, lehnte aber die Sicherung der Abstimmung wie bei der Reichstagswahl ab.

In zweiter Lesung wurde der konservative Antrag auf Einführung der öffentlichen Wahl auch für die Wahlmänner mit 15 gegen 13 Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt, desgleichen der Antrag der Konservativen, neben der Fristwahl auch die Terminwahl zuzulassen. Bei der Schlußabstimmung wurde das Gesetz im ganzen mit den 15 Stimmen der Konservativen und des Zentrums gegen 13 Stimmen angenommen.

Geschäftsordnungsänderung gegen die Sozialdemokraten.

In der Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurden die beiden Teile des konservativen Antrages betreffend Änderung der Geschäftsordnung getrennt behandelt und beschlossen, für den ersten Teil betr. Aufrechterhaltung der Ordnung eine Subkommission zu ernennen, und zwar gegen die Stimmen des polnischen und des freisinnigen Mitgliedes. Der zweite Teil des Antrages betr. Einschränkung zu langer Reden wurde gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen abgelehnt.

Die Erziehung zum preussischen Landtag

für den 6. Berliner Kreis, in dem bekanntlich Genosse Heimann sein Mandat niedergelegt hat, ist auf den 12. April festgesetzt. Eine Anzahl Wahlmännererziehungswahlen werden am 15. März vorgenommen. Diese Erziehungswahlen können an der sozialdemokratischen Mehrheit der Wahlmänner nichts ändern.

Der Landrat als Redakteur.

Die Redaktion des Generalanzeigers für Wesel richtete an die Regierung in Düsseldorf folgende, kulturhistorisch bedeutende Eingabe:

Am heutigen (Sonntag) nachmittag fand im Kreis-haus zu Dinslaken eine Sitzung des Kreisrates statt, zu der durch Veröffentlichung der Tagesordnung in den Tageszeitungen eingeladen war. Ein Vertreter unserer Zeitung begab sich in das Kreis-haus, um an den Verhandlungen teilzunehmen. Dies sollte ihm aber nur gestattet werden unter der Bedingung, daß dem Herrn Landrat oder dessen Stellvertreter der Bericht vorher zur Begutachtung vorgelegt würde. Unser Vertreter lehnte das mit dem Bemerkten ab, daß es sich doch wohl um eine öffentliche Sitzung handelte. Er verwies dabei auf die Verhandlungen im Nachbarkreis Nees, wo den Vertretern der Presse ebenfalls die Teilnahme an den Verhandlungen unterwehrt ist. Trotzdem wurde unserem Vertreter nicht gestattet, den Verhandlungen beizuwohnen, sofern er sich nicht verpflichten würde, den Bericht vorzu-

Bezeichnend ist die Bemerkung des Blattes, daß es nicht das Amtsblatt des Kreises sei und deshalb keine Vorschriften über die Berichterstattung entgegenzunehmen brauche, denen sich demnach die Amtsblätter allerdings unterwerfen müßten. Die skandalöse Tatsache, daß preussische Landräte auch Pressenjuristen ausüben, wird der Minister v. Moltke wohl ebenso schweigend übergehen, wie die Enthüllungen, die in den ersten Tagen dieser Woche im preussischen Landtage die Skandale der Spitzelwirtschaft aufdeckten.

Die Reaktionsäre hehen.

Das Verbot der in Berlin geplant gewesenen Wahlrechtsversammlungen hat die reaktionäre Hezpresse ermutigt, Polizei und Staatsgewalt gegen die brutal entrechteten Massen scharf zu machen.

Allen voran die von einer Anzahl Geldleuten ausgehaltene „Post“. Sie wendet sich zunächst gegen den Oberbürgermeister mit dem Bemerkten:

„Der Treptower Park ist für Erholungs- und für alle möglichen anderen Zwecke angelegt worden, nur nicht zur Abhaltung von Volksversammlungen, die durchaus geeignet sind, die Anlagen hoffnungslos zu ruinieren und die für die Instandhaltung dieser Anlagen aufgewendeten Kosten als zum Fenster hinausgeworfen erscheinen zu lassen.“

Nach dieser rührenden Fürsorge um den Treptower Park, in dem es zu dieser Jahreszeit absolut nichts zu ruinieren gibt, heißt es weiter:

„Die Unterwerfung, die der Minister zwischen organisierten Genossen und dem Janhagel machte, verstehen wir, offen gestanden, nicht recht. Nach allen Erfahrungen, die man seit mehreren Jahrzehnten gemacht hat, sollte man sich doch darüber klar sein, um wieviel gefährlicher der politisch organisierte Janhagel ist, als der nicht organisierte unpolitische.“

Es gehört die bodenlose Frechheit der „Post“ dazu, die in Berlin organisierten Arbeiter als Janhagel zu bezeichnen. Schließlich wird die Polizei direkt aufgefordert, keinerlei Demonstrationen zuzulassen.

„Dem jede Nachgiebigkeit bedeutet hier einen empfindlichen Autoritätsverlust der geschwägigen Hüter der öffentlichen Ordnung. Dem „Tropfen“ des „Vorwärts“ muß ein absolutes „Mein!“ und „Unmöglich!“ schon aus dem Grunde entgegengesetzt werden, damit die Genossen endlich einmal begreifen, daß ihnen die Strafe noch immer nicht gehört!“

Nach das antisemitische Radaublatz „Tägliche Rundschau“ darf bei dieser niederträchtigen Heze nicht fehlen. Dort heißt es im unverfälschten Polizeistil:

„Indessen wird ihr Standpunkt, daß die Sozialdemokratie den Janhagel garnicht in der Hand hat, allseitige Billigung verdienen, so daß das Verbot des „Spazierganges“ unzweifelhaft gerechtfertigt ist. Seht die „Berliner Arbeiterzeitung“ den Plan dennoch durch, so bleibt die Verantwortung allein bei der Sozialdemokratie, wenn immer auch ihre in höherem Versteck bleibenden Führer sie von sich abzuwälzen versuchen.“

Es genügt wohl, daß man eine derartige Hundsgemeinheit einfach registriert. Die „Kreuzzeitung“ meint:

„Die sozialdemokratische Parteileitung geht, wie man sieht, entgegen ihrer feilherigen vorzichtigeren Taktik darauf aus, die großstädtischen Arbeitermassen direkt zu gefährlichen Handlungen systematisch anzuregen. Es ist der Beginn eines sorgfältig geplanten Massenverstoßes gegen die Staatsgewalt, der jetzt um so größere Beachtung verdient, weil der sozialdemokratische Revolutionsgedanke, der 18. März, nicht mehr fern ist. Es wäre zu verwundern, wenn nicht gerade für diesen Tag besonders mächtige Kundgebungen geplant wären. Die Staatsregierung wird sich angesichts dieser fortwährenden Aufregung der Massen, die eine fortwährende Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darstellt, doch nun einmal die ernste Frage vorlegen müssen, ob es nicht die höchste Zeit ist, der so dreist verhöhnenden Staatsautorität mit aller Strenge Geltung zu verschaffen.“

Ruhen-Derfel kommt seine Leute, er hat zu der in solcher Weise aufgeheizten Polizei unbegrenztes Vertrauen und er gibt ihr in der „Deutschen Tageszeitung“ die Versicherung:

„Der Anerkennung und Unterstützung aller staatsbehaltenden Kreise kann sie dabei vollkommen sicher sein, und sie erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie nachdrücklich und wirksam dem Gesetze Achtung verschafft und jeder Störung der öffentlichen Ordnung vorbeugt.“

Dagegen sagt die demokratische „Berliner Volksztg.“ mit Recht:

„Somit stellt sich das Verbot der Treptower Versammlung unter freiem Himmel als ein neuer Schlag ins Gesicht der Berliner Bevölkerung, als eine neue Verkümmern des Rechtes von Hunderttausenden von Bürgern dar, die ihrer berechtigten Empörung über die preussische Wahlrechtschmach in durchaus gesetzlicher Form Ausdruck geben wollen! Natürlich wird auch die neueste Polizeizeit nur dazu beitragen, dem Kampfe gegen die Junkerherrschaft in Preußen immer neue Streiter zuzuführen.“

Eine seltsame Nichtigstellung

veröffentlicht die „Liberale Korrespondenz“. Sie schreibt:

Phantastische Reporter haben dem Abg. Naumann eine eigenartige Rolle bei dieser Gelegenheit angedichtet. Er soll an der Spitze eines Demonstrationszuges marschiert sein, von kräftigen Männern sei er, so hieß es weiter, emporgehoben worden, und er habe von den Schultern dieser Männer herab ein dreimaliges Hoch auf das Wahlrecht ausgebracht. Hier von ist nichts wahr. Abgeordneter Naumann ist ganz einfach, wie Hunderte von anderen Menschen, aus dem Zirkus nach Hause gegangen, und zwar am Schloß vorbei bis nach Unter den Linden, wo er eine Droschke fand und sie bestieg. Unterwegs brachte man ihm Ovationen dar; es ist ihm aber nicht eingefallen, eine Ansprache zu halten, auch wurde er nicht emporgehoben, einen schüchternen Versuch hierzu wies er entschieden zurück. Es gibt ein ganz falsches Bild der Vorgänge, wenn man Naumann als „Führer“ eines Demonstrationszuges darstellt. Ein solcher existierte nicht, und Naumann hatte nichts zu führen und wollte nichts führen. Er war einfach Privatmann, der die Straße benutzte wie andere auch.

Die auffällige Weise, in der hier bestritten wird, daß der Abg. Naumann am Zuge teilgenommen hat, wirkt fast komisch. Fast scheint es, als fürchtet man in dem Kreise um Naumann, daß gegen ihn der Staatsanwalt einschreiten könnte.

Wie Arbeitervertreter im Zentrum behandelt werden.

Ein recht bezeichnender Vorgang, der zeigt, eine wie jämmerliche Rolle die Arbeitervertreter in der Zentrumsparlei spielen, trug sich in der Böhmer Stadtverordnetenversammlung zu. Die Zentrumsparlei hat zwei Arbeitervertreter Stadtverordnetenmandate verschafft. Diese beiden Stadtverordneten haben sich aber bisher noch nicht getraut, irgend welche Initiative zu ergreifen. Sie bewilligten ohne Wiberrede z. B. 14 000 Mk. für den Wiederaufbau der

Burg Altona und waren stets bestrebt, es ja nicht mit der reaktionären Mehrheit zu verderben. Der Umstand, daß im laufenden Jahre die Kommunalsteuerzuschläge von 195 auf 220 Proz. erhöht werden sollen, brachte es mit sich, daß sie sich gezwungen fühlten, einen Antrag auf Einführung der gewerblichen Kopfsteuer einzubringen, der die großen Werke und Betrieben zur höheren Steuerleistung heranziehen sollte. Als nun der Arbeitersekretär Gilling das Wort zur Begründung des Antrages erhielt und einige Minuten gesprochen hatte, wurde er von den Werksvertretern und von den eigenen Fraktionsmitgliedern in demonstrativer Weise gestört. Sogar Mitglieder des Magistrats beteiligten sich daran. Schließlich verließ die Mehrheit unter Protest den Saal, mit ihnen der Führer der Zentrumsfraktion, Herr Köchlermann, der erklärte: „Das ist ja eine Schweinerei!“

Frankreich.

Madam in der Kammer. Am Mittwoch wurde in der Kammer die Abstimmung über das Budget vorgenommen; die Annahme erfolgte mit 446 gegen 67 Stimmen. Als nach der Abstimmung die Tagesordnung festgesetzt wurde, kam es zu erregten Zwischenfällen. Die Kammer beschloß, den ganzen Donnerstag und Freitag vormittag der Beratung der Schulgesetze zu widmen. Viele Abgeordnete protestierten lebhaft und schlugen auf die Bulte, einer zerbrach den Bultdeckel und bediente sich der Krümmer als Trommelfelle; ein anderer wollte sie ihm entreißen, was zu einer Balgerei führte. Schließlich mußte der Präsident um 1 Uhr nachts die Sitzung aufheben.

Der Bankrott der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle in Lübeck.

P. L. Opferwilligkeit ist noch niemals eine Tugend der bürgerlichen Parteien Lübecks gewesen. Die Herrschaften, welche gewohnt sind, daß ihnen aus dem Staatsäckel alljährlich Tausende für ihre Vergnügungen, als da sind: Wettrennen, Segelregatten, Festessen usw. gezahlt werden, empfinden es sehr unangenehm, wenn sie auch einmal für ihre Zwecke Gelder aus der eigenen Tasche entnehmen sollen. Das widerspricht ihrem „Familienstun“, wie die Agrarier schon bei der Ablehnung der Erbschaftsteuer sagten. Man sollte eigentlich meinen, wenn schon die Angehörigen der bürgerlichen Parteien so fest auf ihrem gefüllten Geldsack sitzen, daß sich ihnen bei der Herausgabe eines jeden Groschen ein schwerer Senfzer vom Herzen ringt, dann wäre es von ihnen doch am folgerichtigsten gehandelt, die Hände von Unternehmungen zu lassen, die recht viel Geld kosten. Aber weit gefehlt! Das Bürgerium kalkuliert anders. Es gründet erst Einrichtungen, die unter der falschen Flagge der Gemeinnützigkeit segeln, gibt dann eine Zeitlang ein paar lumpige Mark dafür aus und überträgt bald die weitere Sorge dafür dem guten Vater Staat.

Ein sprechendes Beispiel dafür ist die sogenannte bürgerliche Rechtsauskunftsstelle. Als im Jahre 1903 auch hier das Ergebnis der Reichstagswahl für die Reaktion und ihre Helfershelfer ein geradezu niederstürzendes war, als das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmenzahl alle Erwartungen übertraf, da begann das Bürgerium darüber nachzudenken, wie man der sozialdemokratischen Hochflut, der die einzelnen Parteien allein nichts anzuhaben vermochten, gemeinsam einen Damm entgegensetzen könnte. Es wurde dann die „Vereinigung der bürgerlichen Parteien“ zusammengeleimt, welche den „Kampf um die Seele des Arbeiters“ führen sollte. Daß das nicht so einfach ist, leuchtete den braven Spießern ohne weiteres ein. Und sie sann auf Mittel, wie das am besten zu machen wäre. Da machte einer von ihnen die geniale, aber nicht mehr ganz neue Entdeckung, „daß die gewerbliche und soziale Gesetzgebung einen derartigen Umfang angenommen hätte, daß es dem einzelnen fast unmöglich sei, sich auf dem Gebiete der Gesetzgebung zurechtzufinden.“ Bei den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften war diese Erkenntnis allerdings schon viel früher gekommen, und hatte sie dazu veranlaßt, das Arbeitersekretariat ins Leben zu rufen, das vom Vertrauen der Arbeiter getragen wurde und schon damals in berechtigtem hohen Ansehen stand. Die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ taten nun so, als ob sie von der Existenz des Arbeitersekretariats gar nichts wüßten und verkündeten heuchlerisch, daß sie „namentlich im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung in Lübeck eine öffentliche unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle errichten wollten“. Als das Arbeitersekretariat noch nicht bestand, war es dem Bürgerium völlig gleichgültig, ob sich der einzelne auf dem Gebiet der Gesetzgebung zurechtfinden konnte oder nicht; erst als man sah, daß weite Kreise der Bevölkerung sich bei dem vorzüglich arbeitenden Institut in der Johannisstraße Rat und Hilfe holten, da entdeckten die Bürgerlichen ihr angeblich arbeiterfreundliches Herz. Selbstverständlich war diese Gründung nur ein Schachzug, um dem Arbeitersekretariat den Boden zu entziehen, um die Arbeiter in das bürgerliche Lager zu locken. Die Lübecker Arbeiterzeitung war aber aufgeklärt und klug genug, diesen Plan zu durchschauen, auch wenn ein bürgerlicher Zeitschinder nicht voreilig in plumper Weise im „Hamb. Corr.“ für ein paar Groschen verraten hätte, daß die Rechtsauskunftsstelle ein Gegenengewicht gegen das Arbeitersekretariat sein sollte.

In der „Verfassung“ der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle wurde ferner gesagt, daß auf eine Reihe von Jahren erhebliche feste Beiträge gezeichnet seien, und in der Versammlung des Reichsvereins erklärte der damalige Vorsitzende Katasterdirektor Dieckhoff, daß das Institut auf eine Reihe von Jahren sicher gestellt sei.

Alles das war aber nichts als Eitel Scham-
schlägerei und der „Lübecker Volksbote“ schrieb bereits
im Dezember 1904, als die Gründung noch nicht einmal
vollzogen war, in richtiger Erkenntnis der Opferwilligkeit
des Bürgertums, den Herrn würde wohl die Lust zum
Zahlen vergehen, bevor sie Erfolge erzielt hätten. Das ist
dann auch pünktlich eingetroffen.

Anfang 1905 begann die Rechtsauskunftsstelle zur Be-
kämpfung der Sozialdemokratie und des Arbeitersekretariats
ihre Tätigkeit und bereits Ende 1906, also nach noch nicht
zweijährigem Bestehen schnorren ihre
wohlhabenden Grönder den Staat um
Unterstützung an. Der Bürgerausschuß, der damals
nur aus Vertretern der „Vereinigung bürgerlicher Par-
teien“ bestand, langte denn auch nach alter Weise tief in
den Staatsäckel und gab den Leuten, welche der Öffent-
lichkeit vorgegaukelt hatten, die Rechtsauskunftsstelle sei
auf Jahre hinaus sichergestellt, mit vollen Händen. Die
Sozialdemokraten, zu deren Bekämpfung
das Institut gegründet war, mußten nun-
mehr zu dessen Erhaltung mit ihren
Steuer Groschen beitragen. Fürwahr ein Bild,
wie es beschämender für das Bürgertum nicht gedacht
werden kann. Genosse Wissell nagelte das auch in
der Bürgerschaftsitzung vom 17. Dezember 1906 gebührend
fest, als er sagte, daß durch eine derartige Be-
willigung von Steuer Groschen der Ar-
beiterschaft mit Absicht ein Schlag ins Ge-
sicht versetzt worden wäre.

Witterweise sind wieder einige Jahre vergangen.
Die „arbeiterfreundlichen“ Väter der sogenannten Rechts-
auskunftsstelle, die bürgerlichen Parteien, haben sich immer
mehr von ihrem Wechselbalg zurückgezogen und die Sorge
dafür einzelnen Privaten und dem Staat überlassen. Jetzt
haben auch diese Privatpersonen keine Lust mehr, etwas
zu zahlen und das mit vielem Geschrei ge-
gründete Institut der „Vereinigten
bürgerlichen Parteien“ steht vor seinem
Ende, wenn der Staat nicht die ganzen Mittel
dafür aufbringt. Und der Staat wird bleichen, ohne Rück-
sicht auf die Steuerzahler, zu deren Be-
kämpfung — die allerdings erfolglos blieb — diese Rechts-
auskunftsstelle ins Leben gerufen wurde. Die Ge-
sellschaft der Lübecker Rechtsauskunfts-
stelle ist demnach nicht nur ein lehrreiches
Kapitel von der „Opferwilligkeit“ des Bür-
gertums, sondern sie zeigt auch, wie der
Staat bemüht ist, die „nationalen“ politi-
schen Parteien indirekt mit den Geldern
der Allgemeinheit zu unterstützen. Neben-
bei sei noch bemerkt, daß der Staat, obwohl er die
Rechtsauskunftsstelle gänzlich ausschalten muß,
nicht einmal der Besitzer derselben wird.
Sie untersteht nach wie vor einer privaten Vereinigung.

Die Sozialdemokratie, welche grundsätzlich
für die Errichtung staatlicher Rechtsauskunftsstellen ein-
tritt, lehnt es natürlich ab, das zu ihrer
Bekämpfung errichtete Institut der bür-
gerlichen Parteien der Allgemeinheit
anzuwenden. Sie wird weiter den Senatsantrag,
der darauf hinausläuft, den Leiter der Rechtsauskunfts-
stelle mit hohem Gehalte staatlich anzustellen und außer-
dem noch jährlich 6000 Mk. für die Unterhaltung der
Rechtsauskunftsstelle zu gewähren, entschieden be-
kämpfen.

Die aufgeklärte Lübecker Arbeiterschaft hat alle Ur-
sache, mit berechtigtem Stolz auf das von ihr geschaffene
und aus eigener Kraft unterhaltene Arbeitersekretariat zu
blicken. Trotz der Krise, trotz der schlechten wirtschaft-
lichen Verhältnisse und teuren Lebensbedingungen bringt
sie gern die erforderlichen Opfer für das Institut, von
dem sie weiß, daß es ihren Interessen in wirksamster
Weise dient.

Aus dem Arbeitersekretariat schreibt man
uns zu vorstehendem Thema:
m. Das Arbeitersekretariat, das im verflochtenen Jahre
mit einem Zuwachs von 1455 Besuchern abschloß,
11041 gegen 9586 von 1908, beschäftigt sich in seinem
Jahresberichte — der sich noch im Manuskript befindet
— auch mit der Rechtsauskunftsstelle und zwar wie
folgt:

Wenn wir angesichts dieser hohen Zahlen unserer
Besucher auf unsere „Konkurrenz“, die vor bürgerlicher
Seite 1905 gegründete „Rechtsauskunftsstelle“
einen Blick werfen wollen und uns mit ihr kurz ein paar
Augenblicke beschäftigen müssen, so nur zu dem Zwecke,
um nachzuweisen, wie bodenständig unser Sekretariat ge-
worden ist.

Diese Rechtsauskunftsstelle ist f. Zt. zu dem ausge-
sprochenen Zwecke gegründet worden uns Abbruch zu tun
und die Arbeitermassen von uns abzuwenden. Eine Reihe
hiesiger Bürger stiftete zu diesem Zwecke einen Jahres-
beitrag, der Staat subventionierte später das Institut und
nun wartete man der Dinge die da kommen sollten. Wohl
liegen auch bei der Rechtsauskunftsstelle die Besucher von
Jahr zu Jahr, doch konnte uns keinerlei Abbruch ge-
macht werden. Ein Zeichen dafür, daß wohl das Bedürf-
nis nach unentgeltlicher Rechtshilfe vorhanden ist, auch
in Kreisen des Beamtentums, der selbständigen
Gewerbetreibenden usw., nicht aber daß unsere Hilfe nun-
mehr verschmäht wurde. Im Gegenteil! Die Besuchs-
ziffern der bürgerlichen Rechtsauskunftsstelle sind über-
haupt nur deshalb nennenswert, weil eine ganze Anzahl
Besucher, die bei uns — nach Lage des Falles — abge-
wiesen werden mußten, da ihre Sache aussichtslos war,
noch einmal es mit der Rechtsauskunftsstelle probierten
und dort ihr Heil zu finden glaubten. Ähnlich wie man-
cher hoffnungslose Kranke es immer wieder versucht, je-
manden zu finden, der ihn heilen könnte.

Dazu kommt, daß gerade die Rechtsauskunftsstelle
von Seiten aller staatlichen Behörden in einer
Weise propagiert wird, die mehr wie einseitig zu nennen
ist. So werden z. B. in den Schreibstuben der hiesigen
Gerichte, bei der Steuerbehörde, dem Stadt- und Land-
amte, der Polizeibehörde zc. Auskunftsuchenden ge-
druckte Zettel in die Hände gegeben, auf welchen
die Rechtsauskunftsstelle empfohlen und verzeichnet
ist. Sogar in öffentlicher Sitzung des hiesigen Ge-
werberichtes hat der amtierende Amtsrichter

als Vorsitzender solches wiederholt getan. Ferner über-
weist das Stadt- und Landamt ständig der Rechts-
auskunftsstelle eine Anzahl von Referendaren zur
Beschäftigung. Diese Herren können nun vor Gericht die
Sachen der Rechtsauskunftsstelle, wie z. B. Zivilklagen,
Strafsachen usw. vertreten, während wir zurückgewiesen
werden, sind uns hier also ohne weiteres vorgezogen.
Selbst beim Gewerbegericht werden wir — obwohl wir
früher als Arbeitnehmer in Beschäftigung standen — nur
in besonderen Fällen, die Herren Referendare und
Assessoren der Rechtsauskunftsstelle aber ohne weiteres
zugelassen. Nur beim Schiedsgericht für Arbeiterversiche-
rung läßt man uns ständig zu und haben wir dort auch
die Rechtsauskunftsstelle weit überflügelt.

Trotz aller Subventionen und Protektionen sind wir
nicht nur nicht zurückgegangen, sondern erheblich ge-
wachsen und darum sind nun die Macher der Kon-
kurrenzgründung derart betäubt, daß sie jetzt selber nichts
mehr zahlen mögen und die Rechtsauskunftsstelle vor dem
Zusammenbruch stände, wenn sie nur auf den Idealismus
der bürgerlichen Parteien angewiesen wäre. Da aber tritt
nun jetzt der Staat ein und übernimmt den Leiter der
Rechtsauskunftsstelle als Beamten — Gehaltsklasse 5000 bis
8300 Mark — und schließt extra noch 6000 Mk. pro Jahr
Subvention zu. Ob man nunmehr glaubt uns tot zu
machen? Nun wir sehen der Sache mit Ruhe entgegen
und können, auch der antisozialistischen Staats-Rechts-
auskunftsstelle nur das wiederholen, was seinerzeit bei
ihrer Gründung von unseren damaligen Kollegen ausge-
führt wurde, nämlich:

„Niemals wird eine bürgerliche Rechtsauskunfts-
stelle das zur Wirksamkeit nötige Vertrauen der Arbeiter
erringen, auch wenn der Endzweck dieser Wirksamkeit
nicht schon gar so offen ausgesprochen wäre. Wie häufig
gibt es gegen Behörden, Arbeitgeber usw. die Interessen
der Besucher wahrzunehmen! Geht den Fall, es handelt
sich um einen Streit wegen verweigerter Armenunter-
stützung, wer würde wohl annehmen können, daß eine
bürgerliche Rechtsauskunftsstelle die nötige Energie zeigen
würde, um die Interessen der Rechtsuchenden so zu wahren,
wie es erforderlich wäre?“

Beispiele ließen sich zu hunderten anführen, und immer
würden sie eisen lassen, daß in den entscheidenden Fra-
gen die bürgerliche Rechtsauskunftsstelle versagen muß.
Nun wird ja gerade in solchen Fällen die versöhnende
Tätigkeit eines solchen Instituts einsetzen. Von der will
aber der Betreffende nichts wissen, er will sein Recht,
weiter nichts! Wenn dem Arbeiter sein Recht von der
bürgerlichen Gesellschaft würde, dann bedürfte es
keiner Rechtsauskunftsstellen. Und weil ihm das nicht
wird, kann eine bürgerliche Rechtsauskunftsstelle es ihm
auch nicht verschaffen, selbst wenn man nur diesen Zweck
und nicht eine offen ausgesprochene Nebenabsicht hätte.
Den Teufel verklagt man nicht bei seiner Großmutter!“

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 4. März.
Achtung, Stukkatoren und Hilfsarbeiter! Wegen
Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukka-
toren und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die
Bauten der Firma Torcht in Kühren (Zwischen-
meister Mabel und Zehrens) ist die Sperre ver-
hängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfs-
arbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Als eine „historische Betrachtung“ sucht jetzt das Amts-
blatt seine gestrige Besudelung der Demokratie und des
Reichstagswahlrechts hinzustellen, nachdem wir die durchsich-
tige Geschichtslitteratur dieses beherrschenden Reichsverbands-
organs gebührend festgenagelt haben. Da nicht anzunehmen
ist, daß die „Lübeckischen Anzeigen“ nachträglich so etwas wie
Scham über ihren Schmähartikel empfinden, der in der Re-
daktion vielleicht gar nicht einmal vor dem Abdruck gelesen
wurde, muß der nachträgliche, allerdings recht einfältige Ab-
schwächungsversuch als ein Mandover angesehen werden,
durch welches denjenigen Nationalliberalen, die noch einen
Fünkchen Liberalismus besitzen und die deshalb von der „hi-
storischen Betrachtung“ angefeuert wurden, Sand in die Augen
gestreut werden soll.

Zur Schulentlassung. In wenigen Tagen verlassen
wieder Tausende von Proletariatskinder die Volksschule, um
als Rekruten in die Armeen der Industriearbeiterkaste ein-
zutreten, soweit sie nicht schon in der Schulzeit Lohnarbeit
leisten mußten. Diese Gelegenheit benutzte die herrschende
Klasse, um ihre unzähligen Polypenarme nach dem jungen
Nachwuchs auszustrecken. In der bürgerlichen Presse preisen
die diversen Innungen den goldenen Boden des Handwerks,
um den Lehrlingszählern neue Ausdeutungsobjekte in die
Faangnetze zu treiben. Aberlei Wohltätigkeitsvereine kommen
mit ihren „Kassschlägen“, hinter denen nicht selten nackte
Klassenstaatsinteressen versteckt sind. Auch unsere
lieben, nimmermatten Agrarier schicken ihre geschäfts-
kundigen Werber auf den Gimpelzug, um der
Leutenot auf dem Lande abzuwehren. Die meisten
Proletariatskinder sind freilich gewöhnt genug, jenseits Leuten
nicht auf den Leim zu gehen, sie erkundigen sich vorerst über
die Lage in einem der angepriesenen Berufe, ehe sie ihre
Fingern dem Kapital ansließen; trotzdem halten aber Lehrlings-
zählern und Gesindevermeister eine reiche Ernte. —
Neben den materiellen Dürfen aber die idealen Interessen
des Volkes nicht leiden, und so kommen denn auch allerlei
Vertreter der idealen Richtung, um die Seelen der Volkss-
jugend zu fangen. Der Herr Pastor hat in der Konfirman-
denstunde schon den Anfang gemacht, indem er auf den
christlichen Jünglingsverein hinwies; ihm gleich tat es der
Herr Lehrer. Er verwies auf den patriotischen Turn-
verein usw. Bei dieser Gelegenheit bekommen die Konfir-
manden auch einige patriotische Kesseltettel in die
Hand gedrückt, auf denen von Deutschlands angeblicher Größe
und Herrlichkeit in breiten Lettern zu lesen steht. Keiner
der Herren unterließ auch, auf die Gefährlichkeit der bösen
Sozialdemokraten hinzuweisen, kurz und gut es wurde
nichts veräumt, um die lieben Schäfchen an die klassenstat-
liche Kasse zu fesseln. — Angesichts solcher durchsichtigen
Bemühungen ermahnen wir die Arbeiterkinder zur Wachsam-
keit. Das Bestreben aller dieser Leute läuft darauf hinaus,
die Jugend von der Arbeiterbewegung fernzuhalten. Fragt
erst bei Arbeiterführern nach, ehe ihr euer Kind in eine Lehr-
stelle geht, sorgt aber auch mit allen Kräften dafür, daß eure
Kinder nicht den Hurrapatrioten ins Garn gehen. Wenn
eure Jugend nach des Tages Last und Mühen der Erholung
pflegen will, dann schickt sie in die Arbeitervereine. Für
geistige Anregung, Spiel und Sport sind die Arbeiterturn-
vereine sowie die Jugendorganisation die entsprechenden
Vereinigungen. Dorthin laßt eure Kinder gehen, dort wer-
den sie zu Charakterfesten Kämpfern erzogen.

Änderung im Fahrplankosten. Der letzte Winterfahr-
plan wird der letzte seines Zeichens sein. Ein Sommerfahr-
plan wird überhaupt nicht mehr eingeführt. Es gibt zwar
am 1. Mai auf den deutschen Eisenbahnen einen neuen Fahr-
plan. Dieser wird aber nur als Fahrplan vom 1. Mai 1910
bezeichnet. Einzelne Verwaltungen nennen den Fahrplan
gleich 1910/11. Dieser Fahrplan soll für das ganze Jahr
gelten. Die im nächsten Winter eintretenden Änderungen
sollen schon in dem Fahrplan vom 1. Mai berücksichtigt
werden. Ergeben sich während des Sommers nachträglich
noch Änderungen, so werden diese auf einem Ergänzungs-
blatt mitgeteilt, das Anfang September erscheint. Diese
Veränderungen sind die Folge eines Beschlusses der letzten euro-
päischen Fahrplankonferenz in Straßburg. Die Eisenbahn-
direktion Elberfeld hatte dort den Antrag gestellt, nur noch
einmal im Jahr eine Fahrplankonferenz zu veranstalten und
einen Fahrplan am 1. Mai herauszugeben. Es soll da-
durch eine größere Stetigkeit im Fahrplan und in den Dienst-
anweisungen des Zugpersonals, größere Pünktlichkeit und
Betriebsicherheit sowie Ersparnisse an Druckkosten erreicht
werden, wie dies auf den preussischen Bahnen schon seit
einer Reihe von Jahren für Güterzüge mit Erfolg versucht
worden ist. Auch der Winterfahrplan für die Personenzüge
unterscheidet sich von dem für den Sommer wesentlich durch
den Wegfall der Züge, die für den stärkeren Verkehr vorge-
sehen sind. Meist kann deren Weglassung schon bei der
Aufstellung des Fahrplans vom 1. Mai in Aussicht ge-
nommen werden.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. März 1910
18581 Mitglieder gegen 17828 im Jahre 1909. Auf
Männer entfielen davon 12791 (1909 12342), auf Frauen
5790 (1909: 5486). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten
Febr. 1910: Männer 410 (1909: 450) und Frauen 264
(1909: 271). Ausweisung für Familienangehörige zur Zu-
anspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Febr. 1909
(1909: 1437) erteilt. Sterbepflicht wurde im Febr. für Mit-
glieder in 7 Fällen, für Angehörige in 31 Fällen gezahlt.
Wegen veripäterer Meldung zur freiwilligen Fortsetzung
der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungs-
pflichtige Beschäftigung haben im Febr. 13 Abweklungen er-
folgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder
gegen die jahungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in
20 Fällen mit Strafe zu belegen.

Nationale Schweinefeste. Unter dem Schweinebe-
stand des Händlers Bruse hier selbst, Schönbrockenerstr. 16,
ist die Schweinefeste amtlich festgestellt worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen
Sonntag gelangt die Grotteske „Der grüne Kakadu“
von Arthur Schnitzler und hierauf Leoncavallos Oper „Der
Waja-zzo“ zur nochmaligen Aufführung. — Am Sonntag
nachmittags 3 Uhr kommt außer Abonnement bei Nach-
mittagspreisen zum letztmal Meyer-Försters Schauspiel
„Hildebrand“ zur Wiederholung. — Sonntags
abend 7½ Uhr ist Bizets Oper „Carmen“ angesetzt.

Stadttheater-Theater. Man schreibt uns: Am Son-
tag gelangt Hermann Wahrs erfolgreiches Lustspiel „Das
Konzert“ zur Aufführung.

Schlump. Die Sprechstunde des Arbeiters-
sekretariats findet morgen — Sonntagabend — von 4
bis 7 Uhr im Lokale des Herrn Freese statt.

Trens-Dorwerk. Partei-Versammlung. Wir
machen auch an dieser Stelle auf die heute Freitag im
Lokale Schulz zu Trems stattfindende Mitgliederversam-
mlung des Sozialdemokratischen Vereins aufmerksam. Ge-
nosse Ad. De. Lübeck wird über „den preussischen Wahl-
rechtskampf“ referieren. Der Vortrag des Genossen Bromme
wird in der April-Versammlung gehalten werden.

Katekau. Partei-Versammlung am Sonntag,
dem 6. März abends 8 Uhr im Lokale der Witwe Kopp zu
Katekau. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Er-
scheinen der Mitglieder sehr notwendig. Die Tagesordnung
wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Reinfeld. Partei-Versammlung. Die nächste Ver-
sammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Son-
abend, dem 5. März 1910, im Lokale des Genossen List (Gast-
hof zur Hoffnung), abends 8½ Uhr, statt. Die Genossen
werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Hamburg. Kein Totschlag. Das Opfer eines
Herzschlags ist der Schuhmann Rahlbom geworden, der
nach den ursprünglichen Meldungen von einem Einbrecher
erschlagen worden sein sollte. Die Verfolgung mehrerer
Augenzeugen hat diese Tatsache ergeben. Der von Rahlbom
überfallene Einbrecher ist ein von Lübeck aus strebriestlich
verfolgter Kesselreiniger namens Toni. Rahlbom, der etwas
corpulent war, wollte den Einbrecher einholen, stürzte aber
plötzlich tot zu Boden. Zu einem Handgemenge zwischen
beiden war es gar nicht gekommen. Demnach wird die
Lebenseinrichtung der Leiche Rahlboms vorgenommen werden, um
die Todesursache einwandfrei festzustellen. Der geflüchtete
Einbrecher Toni ist nach nicht ermittelt worden.

Güstrow. Vor dem Schwurgericht hatte sich der
Schmied Karl Klauß aus Sprundt, Kreis Schwesig, 26
Jahre alt, zuletzt in Wörlitz, wegen Verdrehs gegen
die Sittlichkeit aus §§ 176, 177, 43, 73 des Strafgeset-
buchs zu verantworten. Für diese Verhandlung wurde die
Öffentlichkeit ausgeschlossen. Der Angeklagte wird verurteilt
in eine Zuchthausstrafe von vier Jahren und zu
5 Jahren Ehrverlust.

Oldenburg. Sich selbst getötet hat der Mörder
der Witwe Bergmann in Sillens. Er wurde erschossen in
einem Graben aufgefunden.

Kommunales.

Ernennung des Wahlzensus. Die Düsseldorf-
Stadtverordnetenversammlung beschloß am Dienstagabend
die Herabsetzung des Zensus zur Stadtverordnetenwahl-
berechtigung von 6 auf 4 Mk., der geschlechtlich niedrigsten
Stufe. Der Antrag ging vom sozialdemokratischen Verein
aus.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 1. März.
Bericht der offiziellen Notierungs-Kommission.
Auftrieb 5800 Schweine. Der Handel war ziemlich reger,
überstand 9 Stück. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebend-
gewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und
für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine
Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 67.— bis 68.—
(53.50 bis 54.50) Mk. Mittelschwere Ware, von 240—260
Pfund, Tara 20 Proz., 65.— bis 66.— (52.00 bis 53.00) Mk.
Mittelschwere, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 64.00 bis
65.— (50.00 bis 50.50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200
Pfund, Tara 22 Proz., 64.00 bis 65.— (50.— bis 50.50) Mk.
Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58.00 bis 63.00 (44.00 bis
48.00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63.00 bis
64.00 (49.50 bis 51.00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22
Prozent, 56.00 bis 61.— (43.50 bis 47.50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“
und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Pöhlitz,
für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellings-
Berleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Hein Beckmann

Schuhwarenlager
Reiferstrasse 3
empfehlen



**Konfirmanden-
Stiefel**

von 5.90 Mk. an
Herren-
Schnür-, Zug-
u. Schnallen-
stiefel

Boxcall 7.50 8.50 9.90
10.50 11.50 Mk.

Damen-Schnürstiefel
Boxcall und Chevreaux
6.50 7.50 8.50 9.50 Mk.

**Knaben- und
Mädchen-Schnürstiefel**
Boxcall und Chevreaux

No. 86-89 No. 91-95
6.90 5.25 5.75 6.90
No. 27-30
4.90 5.25 6.25 Mk.

Prima starke
Halbstiefel u. Arbeitsschuhe
in jeder Preislage.

Rote Rabattmarken.
Reparaturwerkstatt. Handarbeit.

**Betten, Bettfedern
u. n. Betten-Artikel**
kaufen Sie billig und recht bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an.
Federeu per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
Rote Lubeca-Marken.

Reparatur, billig u. gut
Federneinsetzen 1.50 Mk.
Reinigen . . . 1.50
Glas 0.30
G. Reese, Uhr-
macher
Düggstraße 22-24.

Zur bevorstehenden Saison
bringe ich mein großes Lager von
**Holz- u. Steinkohlenteer,
Karbolineum, Dachpappe
und Nägel**
in empfehlende Erinnerung.
Johannes Timm, Schwarzenauer
Allee 131 a.

Empfehle:

Prima Jg. Queenfleisch Pfd.	60 Pf.
fettes Rindfleisch	80 "
Koaltheef	70 "
Beeffleat	100 "
Kollfleisch	80 "
Gulasch	70 "
Gehacktes	70 "
Rilet	120 "
Schwefelfleisch Pfd.	75-80 "
kleine Schinken Pfd.	80 "
Kalbsteif	50 "
Keulen	60 "

Paul Boldt, Schlachtere,
Wahlfstraße 22. Fernruf 2133.

Empfehle
**sämtliche Fleisch-
und Wurstwaren**
in bester Qualität.

Oscar Keil
Schlachtere u. Wurstmacherei
mit elektr. Betrieb
Schwarz. Allee (Ecke Weichhörn.)
Fleischhacker 1447.

Holsten-Automat
G. m. b. H.
Holstenstr. 14.
Warme und kalte Speisen
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.
Helles u. dunkles Bier 10 Pf.
Fremden und hiesigem Publikum
bestens empfohlen.
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Prima junges fettes Queenfleisch Pfd. 50 Pf.
Schweinefleisch Pfd. 80 Pf., Gehacktes Pfd. 60 Pf., Kalb-
fleisch Pfd. 50 Pf., Keule Pfd. 60 Pf., Knochen Pfd. 10 Pf.
Johann Möllers billige Fleischquelle, Fünfhausen 22.

Habe ein selten fettes
3jähr. Füllen
geschlachtet, wovon ich meiner werten Kundenschaft Suppen-
fleisch, Bratenstücke, ff. Beeffleat, frisches Gehacktes,
geschichtetes Fleisch und Wurst bestens empfehle.
ff. Rauchfleisch Landrauch.
Josef Strobel Hof- und Schlachtere
mit Kraftbetrieb.
Telephon 2269. Markt, Werderstraße 18.

Albert Meincke

Lübeck, obere Aegidienstraße 15. Fernruf 1771.

Für die Konfirmation:

Konfirmanden-Anzüge

in allen Preislagen, sehr billig.

Konfirmanden-Hüte Konfirmanden-Hemden Wäsche u. Krawatten.

Schwarze und farbige Jacketts
à 5 Mk. bis 20 Mk., alle Größen.

Weisse Stickerei- und Piquéröcke

Glacéhandschuhe 1.20 Mk. bis 3.00 Mk. **Stoffhandschuhe** 25 Pfg. bis 1.50 Mk.

Korsetts, Leibwäsche, Taschentücher

Kostümröcke und Blusen.

Schwarze Kleiderstoffe in riesiger Auswahl
p. eiswert.

Farbige Kleiderstoffe in den neuesten Farben
billig.

Große Sendungen
Gardinen, weiß und crème, abgepaßt und meterweise,
von 20 Pfg. bis 1.50 Mk.

Rouleaux, Zug-Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe,
Bettvorlagen, Tischdecken, Bett- und Schlafdecken.

Sämtliche Aussteuer-Artikel in grosser
Auswahl.

* **Fertige Betten u. Bettfedern** *

in der leicht erreichbaren 1. Etage.

Albert Meincke

Filialen: Beckergrube 36. — Adlerstraße 34.
J. Dose in Ahrensböck.
Fink u. Nchls in Neustadt in Holstein.
Meincke u. Hansen in Odesloe.

Rote Lubeca Marken.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinig. 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhr-
m. Königsstr. 62, b. d. St. Peter.
Geben rote Rabattmarken.
Deutscher

Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung!
**Elektromonteur und
Hilfsmonteur!**

Extra-Versammlung
Sonntag, 6. März,
vormittags 10 1/2 Uhr,
bei Carsten, Dantewegstraße,
Der Branchenleiter.

**Zentral-Verband deutscher
Brauereiarbeiter!**
Jahrestelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Sonntag, 5. März,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
(Kleiner Saal.)

Die Tagesordnung wird in der
Versammlung bekannt gemacht.
Um recht zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

**Arbeiter-
Radfahrer
Verein
'Freiheit',
Schwartau.**

Kappenfest

am Sonntag, 6. März 1910,
im Lokale des Herrn Piquardt,
Hotel Kronprinz.
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Ballanfang 7 Uhr.
Eintritt für Herren 1 Mk., eine Dame
frei, einzelne Dame 30 Pf., wofür
Garderobe.
Kappen sind im Vereinslokal zu haben.
Die umliegenden Bundesvereine
sind freundlichst eingeladen.
Das Fest-Komitee.

Hansa-Theater

Täglich 8 1/4 Uhr.
Lübeck
auf
Stelzen
In 60 Minuten
139 Locksalven.
Vorher:
Das grandiose Programm.
Vorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.

Sonntag, 6. März. 7 1/2 Uhr.
Das Konzert.
Luftspiel von Herrn. Bahr.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14 und
Rob. Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.

Sonntag, 6. März. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 146. Sonntag-Ab. 24.
Der grüne Kakadu.
Grotteske von Arthur Schnitzler.
Hierauf: **Der Bajazzo**
Oper von R. Leoncavallo.
Sonntag, 6. März. **Nachm. 3 Uhr**
Nachm.-Vorstellung. Zum letzten Male.
Alt-Heidelberg.
Schauspiel von W. Meier-Förster.
Abends 7 1/2 Uhr: **Carmen.**
Oper von G. Bizet.

Große Posten Zinkwaren eingetroffen!

Waschkessel mit und ohne Fuss 2.—, 2.25, 2.75, 3.25 Mk.	Zinkwannen mit und ohne Fuss 1.10, 1.25 Mk.
Zinkeimer 0.80, 0.95, 1.15, 1.30 Mk. an.	Waschrüffel 0.65, 0.85, 1.—, 1.30 Mk. an.
Empfehle noch billigst:	
Haarbesen 0.85, 1.15, 1.35 Mk.	Ledertuch 30, 40, 55, 85, 100 Pfg. an.
Handfeger 40, 50, 60 Pfg.	Wachstuch Meter 1.10 Mk.
Leuwagen 23, 25, 33, 40, 50 Pfg.	Wachstuchdecken 38, 65, 135, 185 Pfg.

Rabattmarken. **Riesen-Bazar.** Breitestr. 33.
Pietro Cagna.

Schulmerichs Gesundheits-Kinderwagen

Ein **Kinderwagen**
mit sämtlichen Neuheiten der
Saison ist eingetroffen.

Schulmerichs Gesundheits-Kinderwagen
sind in ihren unübertroffenen Spezialausführungen
das Ideal jeder fürsorglichen Mutter.

Der Schutzengel des Kindes
ist meine sicher wirkende **Fußbremse.** Prüfen Sie selbst und vergleichen
Sie die im Verhältnis zur Aus-
stattung und Qualität **enorm billigen Preise.**

Neu! Milchflaschen-Halter in jede Höhe und Schräglage verstellbar und ab-
nehmbar, ff. vernickelt 1.75 Mk.

Karl Schulmerich, jetzt Mühlentstraße 28, gegenüber Königstraße.
Ausstellung Eckladen Königstraße 113, Ecke Aegidienstraße. 5 große Schaufenster.

Nur noch 2 Tage! Auf dem Burgfeld!

Haases Stufenbahn im Prachtbau.
Heute Sonntag von 4-7 Uhr
nachmittags letztes großes **Kinderfest.**

Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk.

Morgen Sonntag unwiderruflich letzter Tag.
Geöffnet von nachmittags 4 bis 11 Uhr abends.
Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 3. März 1910.

47. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Kapitel „Behörden für Untersuchung von Seemännen“.

Schwarz-Lübeck (S.D.): Als die Seemannsordnung in der Kommission beraten wurde, wurde dort eine Resolution angenommen in welcher mit tunkstlicher Beschleunigung ein Gesetzentwurf verlangt wurde, durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Befähigung, Ausrüstung und Verproviantierung von Kaufschiffen geregelt für Abstellung etwaiger Mängel Sorge getragen und zu diesem Zweck eine der Oberaufsicht des Reichstages die Resolution in dieser Form nicht angenommen, sondern auf einen Antrag Dr. Stockmann hinter tunkstlicher Beschleunigung die Worte eingefügt „und unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine über Befähigung und Ausrüstung“.

Tiefe Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen der Handelsmarine ist seit nunmehr acht Jahren gefordert worden. Wie lange soll sie noch geübt werden, ehe jene Resolution erfüllt wird? Auf die Anfrage des Abgeordneten Meßger über die Resolution erklärte der Herr v. Fonguieres im Reichstag am 12. März 1908, daß die verbündeten Regierungen die Frage offenbar noch nicht zur Entscheidung für reif gehalten haben, und er fügte hinzu: Ob man überhaupt einmal zur Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes kommt, darüber ist im Bundesrat keine Entscheidung getroffen worden.

Jedenfalls aber hat man es bisher nicht für richtig gehalten, dieser Resolution des Reichstages Folge zu geben.“ Seitdem sind wiederum zwei Jahre vergangen, ohne daß wir etwas von der Sache gehört haben. Daß aber eine Verbesserung der Aufsicht für unsere Schiffe notwendig ist, beweisen die häufigen Unglücksfälle von Schiffen. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1909 28 Dampfer und 44 Segelschiffe total verloren, teils durch Strandung, Zusammenstoß, Feuer, schweres Wetter, verschollen, gesunken, verlassen und kondemniert. In den Jahren von 1890 bis 1907 sind 10918 Schiffe verunglückt mit einer Besatzung von 15 871 Personen und 2725 Passagieren. An Menschenleben gingen von der Besatzung 3742 Personen gleich 23,6 Proz. verloren, von den Passagieren 603 Personen gleich 20,6 Proz. Im Durchschnitt der 17 Jahre gingen jährlich 612 Schiffe mit einer Besatzung von 934 Personen und 160 Passagieren verloren, von denen 220 Mann der Besatzung und 30 Passagiere verunglückten. Eine tieftraurige Erscheinung in dem Kapitel der Schiffverluste sind die verschollenen Schiffe. Niemand weiß, wo sie geblieben sind, keine Kunde kommt zu den monatelang in Hissen und Harren verbliebenen Angehörigen. In den 16 Jahren von 1890 bis 1906 sind insgesamt 288 Segelschiffe und 64 Dampfer, also 352 Schiffe verschollen. Die Besatzung dieser verschollenen Schiffe bestand aus 2807 Personen nebst 94 Passagieren, die alle bis auf den letzten Mann ihr Grab im Meere gefunden haben. Im Durchschnitt der 16 Jahre sind also jährlich 22 Schiffe mit 175 Mann Besatzung und 6 Passagieren verschollen. Die Schiffsunfälle erklären sich aus dem Bestand unserer Handelsmarine. Er betrug nach dem Verwaltungsbericht der Seeverkehrsverwaltung im Jahre 1909 944 hölzerne Segler, 469 eiserne Segler, 20 Segler mit Hilfsmaschinen und 1613 Dampfer. Ferner noch 94 hölzerne Heringslogger, 89 eiserne Heringslogger, 59 Heringslogger mit Hilfsmaschinen, 231 Fischdampfer, wozu noch 476 Fischereifahrzeuge kommen. Von diesen 3522 Seeschiffen waren 1630 1 bis 30 Jahre alt, 112 Schiffe hatten ein Alter von 20 bis 30 Jahren und 10 Schiffe sind über 50 Jahre alt. Bei einem Schiffe ist das Baujahr unbekannt. Die Besatzung der Schiffe betrug insgesamt 72 450 Personen. Das Verhältnis zwischen Schiffen, Ausrüstung und Besatzung stellt sich bei Segelschiffen im Durchschnitt auf 3,45 Mann pro Schiff, 33,11 Register-Tons netto pro Mann, bei Dampfschiffen auf 30,17 Mann

pro Schiff, 34,91 Register-Tons pro Mann. Dieses Verhältnis kann nicht sein befriedigendes genannt werden. Wir müssen eine stärkere Besatzung der Schiffe fordern. Die hölzernen Segler haben vom Jahre 1898 bis 1909 um 13,3 abgenommen. Dagegen ist die Zahl der eisernen Segler in der gleichen Zeit von 174 auf 409 gestiegen. Die Zahl der Segler mit Hilfsmaschinen, die 1890 noch gar nicht vorhanden waren, auf 20. Ganz bedeutend ist die Zunahme der Dampfer. Ihre Zahl stieg in dieser Zeit von 683 auf 1613. Ebenso hat der Bruttoreichhalt bei den hölzernen Seglern um 90 Proz. abgenommen, während er bei den eisernen Seglern um 154, bei den Dampfern sogar um 446 Proz. zugenommen hat. Wir verlangen eine staatliche Aufsicht des gesamten Schiffahrtsbetriebes unter Mitwirkung von Personen aus dem Seemannsberuf und die Einsetzung eines Reichsschiffahrtsamtes mit zweckentsprechenden Lokalbehörden. Schon in den 90er Jahren schrieb der verstorbene Direktor der Hamburger Navigationschule, Niebuhr, in einer seiner Veröffentlichungen: „Früher verlangte man von einem seetüchtigen Schiffe, daß es den schwersten Sturm auf hoher See aushalte, ohne led zu werden, ohne zu kentern, höchstens im Orkan dürste ein Schiff zugrunde gehen. Heute schickt man Schiffe in See, die bei ebenem, d. h. kräftigem Packtagswinde kentern, und behauptet hinterher, die Schiffe seien seetüchtig gewesen. Früher verlangte man 3 Zoll Freibord für jeden Fuß Tiefgang, heute gehen Schiffe in See, die nicht einmal einen Zoll Freibord für jeden Fuß haben, und doch sollen sie seetüchtig sein. Hier muß ein Gesetz helfen, denn der Seemann ist der Habicht und Geldgier gegenüber machtlos.“ Als im Januar 1895 die „Elbe“ unterging, die von dem englischen Dampfer „Gratie“ angegriffen wurde, wurde hier von dem Freiherrn v. Stumm eine Interpellation eingebracht, in der die verbündeten Regierungen gefragt wurden, ob sie Maßregeln zu ergreifen beabsichtigen, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust von Menschenleben mehr als dies bisher gelungen ist, zu verhüten. Bei der Begründung dieser Interpellation in der Reichstagsitzung vom 9. Februar 1895 betonte Freih. v. Stumm, daß es für eine Anomalie halte, wenn man bei der Seeschiffahrt, die vielleicht das gefährlichste Gewerbe, das denkbar ist, eine geringere Staatsaufsicht übt, als bei ganz ungefährlichen Betrieben auf dem Lande, und weiter führte er aus: „Mögen auch die Interessenten der Seeverkehrsverwaltung mit derselben Gewissenhaftigkeit ihre Unfallverhütungsvorschriften erlassen, wie das die anderen Verkehrsverwaltungen tun. Auf die Dauer wird es unvermeidlich sein, die Seeschiffahrt auch formell unter schärfere staatliche Aufsicht zu stellen.“ Diese Ausführungen fanden bei der großen Mehrheit des Reichstages Beifall. Gegen sie wurde geltend gemacht, daß die Schiffahrtsinteressenten in der Verwaltung des Schiffbaues und der Schiffe selbst eine schwere Schädigung ihres mit sozialpolitischen Gesetzen schon belasteten Gewerbes sehen. Und es wurde auf die fürsorgende Tätigkeit der Seeverkehrsverwaltung sowie auf die peinliche Sorgfalt des Germanischen Lloyd bei der Klassifikation verwiesen. Aber der Germanische Lloyd ist keine staatliche Körperschaft, sondern eine rein kapitalistische Erwerbsgesellschaft, welche der Kontrolle des Reiches entzogen ist. Auch die Seeverkehrsverwaltung ist für ihre Handlungen dem Reichstage nicht verantwortlich; ihre Verwaltungsberichte erscheinen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und sind der öffentlichen Diskussion entzogen. Im Verwaltungsbericht von 1893 schrieb sie über die Seetüchtigkeit unserer kleinen Seeschiffe u. a.: „Mag auch zugegeben sein, daß manche dieser Schiffe nicht im vollen Sinne des Wortes seetüchtig sind (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten), so ist es doch eine ernste Frage, ob es richtig wäre, wegen strenger und naturgemäß schablonenhafter Anforderungen, bei denen nur die Beschaffenheit des Fahrzeuges, nicht die persönlichen Eigenschaften ihrer Führer berücksichtigt werden können, diesen Schiffen die Fahrt zu verbieten, und damit ihren Eigentümern in den meisten Fällen den einzigen Erwerb zu entziehen. (Hört, hört! bei den Sozial.) Wie bei einem nicht seetüchtigen Schiffe die persönlichen Eigenschaften der Führer Berücksichtigung finden sollen, ist nicht verständlich. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Um so weniger, da gerade auf solchen Schiffen die Führer in den meisten Fällen der dem Untergang geweihten bei dem Konsul um Schutz nachsuchenden

Befähigung sehr rigors gegenübertraten. Der Menschenleben erforderliche Erwerb darf eben nicht geübt werden. Unter den Unfallverhütungsvorschriften der Seeverkehrsverwaltung steht freilich: Jedes Schiff muß bei Eintritt jeder Meile in seetüchtigem Stande geübt eingerichtet und ausgerüstet, sowie gehörig besetzt und verproviantiert sein. Das Schiff darf nicht überladen und muß mit dem nötigen Ballast und der erforderlichen Garnierung versehen sein. Aber diese Vorschriften stehen nur auf dem Papier. Schon am 21. Februar 1893 sagte ich hier im Reichstage und wiederhole es heute: Wer kontrolliert die Unfallverhütungsvorschriften der Seeverkehrsverwaltung? Ach, stelle hier ganz frei und offener die Behauptung auf, daß wenn Sie hier die Macht und die Macht hätten, zu beschließen, daß morgen sämtliche in allen deutschen Häfen liegenden deutschen Schiffe untersucht werden müssen, darauf, ob sie und ihre Boote in einem seetüchtigen Zustande sind, und ob die ganze Schiffeinrichtung ist, wie sie sein soll, daß dann diese Enquete sehr kläglich ausfallen würde. Heute ist man in Reedereien mehr als je gegen eine staatliche Überwachung der Schiffe. Herr Wolff Schiff in Glesleb schrieb 1892 an einen Kapitän: „Gugun und Rebekka habe ich total verloren, und freue mich, die Versicherungsgelder eingekassiert zu haben. Leider ist dabei die Mannschaft gerettet worden.“ (Hört, hört! b. d. Sozial.) Herr C. Ferdinand Laetz schrieb am 18. Februar 1896: „Die Unfallverhütungsvorschriften haben meines Erachtens weniger einen direkten praktischen Zweck, als daß sie zur Detonation dienen, um den Behörden und dem Publikum zu zeigen, wie vorzüglich die Seemannsberufsgenossenschaft alles geregelt hat. Von diesem Gesichtspunkt aus sollten wir jede auftauchende Frage durch eine häßliche Unfallverhütungsvorschrift zu lösen trachten, je harmloser, desto besser. Mundus vult decipi, d. h. die Welt will betrogen sein.“ (Hört, hört! b. d. Sozial.) Aber die Verluste an Menschenleben bei verschollenen Schiffen schweigt sich die Seeverkehrsverwaltung aus. Dagegen behauptet sie, daß durch die amtlichen Untersuchungen über die Ursachen der Verluste festgestellt sei, daß keine Verluste oder Mängel auf dem Gebiete der Seetüchtigkeit, Ausrüstung oder Ausrüstung in Frage kommen. In den Sprächen der Seemänner heißt es auch immer: „Ursache hat nicht ermittelt werden können,“ oder „Bei der Ausreise war das Schiff durchaus seetüchtig und auch nicht überladen,“ oder „Das Schiff ist wahrlich um die und die Zeit im schweren Sturm, Orkan oder Taifun untergegangen.“ Wer untersucht denn die Schiffe bei der Ausreise? Es ist vorgekommen, daß die Polkadung bis an die Kommando-Brücke reicht, daß ein Schiff eine ungeheure Schlagseite hat, d. h., daß es sich vollständig auf die Seite legt, aber die Reeder verlangen eben, daß dies und jenes immer noch mitgenommen wird, und die Kapitäne müssen folgen. Ich lege hier einige Photographien derartig überladener Schiffe auf den Tisch des Hauses nieder. (Die Photographien werden von dem Direktor im Reichsamt des Innern v. Fonguieres, und einigen Abgeordneten mit Interesse betrachtet.) In den Bestimmungen, die der Norddeutsche Lloyd seinen Offizieren zugehen läßt, wird ihnen die größte Vorsicht bei der Navigation anempfohlen. Die Entlassung für allzugroße Vorsicht wird niemals angedroht. Wenn aber die Vorsicht allzu gewissenhaft geübt wird, so wird man die Entlassung schon aus andern Gründen wegen Unfähigkeit usw. anzuordnen müssen. Als Schutz steht dem Seemann nur der § 58 der Seemannsordnung zur Seite, wonach ein Schiffsführer oder drei Schiffsteute Beschwerde erheben können, daß das Schiff, für welches sie angestellt sind, nicht seetüchtig ist, und das Seemannsamt hat dann mit möglicher Beschleunigung eine Untersuchung zu veranlassen, und, falls die Beschwerde sich als begründet erweist, für Abhilfe zu sorgen. Kommt der Kapitän den Anordnungen des Seemannsamtes nach, so dürfen die Leute ihre Entlassung fordern. Aber hinter diesem Paragraphen kommt dann der § 108, wonach mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, wer wider besseres Wissen eine auf unwahren Behauptungen gestützte Beschwerde über Seetüchtigkeit des Schiffes vorbringt, und mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. wird bestraft, wer leichfertigerweise eine auf unwahren Behauptungen gestützte Beschwerde über Seetüchtigkeit des Schiffes oder Mangelhaftigkeit des Proviantes eine Untersuchung veranlaßt. So nimmt dieser § 108 dem Seemann die Möglichkeit, die Beschwerden vorzubringen. Denn jeder vernünft-

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarau.

29. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.
„Hör, Gilda“, sagte ihre Mutter und stand ganz tot vor Horn auf, „es ist nicht das erste Mal, daß Du mich mit dem Frauenzimmer quälst. Aber nun sage ich Dir ein für allemal: ich will nichts mehr von ihr hören — kein Wort mehr — verzeihst Du! Wir haben mehr für sie getan, als die meisten anderen in unserer Stellung getan haben würden, und Du weißt selbst, wie es nach der Hochzeit im Hause ausfiel. Jetzt muß es damit genug sein, und Du trittst nicht wieder über ihre Schwelle — hörst Du? O, man hat doch nur Anfeiden und Ärger von Dir, wohin Du Dich auch wendest!“

Der Minister kam nun auch herein; als er aber sah, was hier für Wetter war, flüchtete er in das Schlafzimmer und wusch sich unablässig, bis er zu Tisch gerufen wurde.

Als die Familie Bennedechen am Tische Platz genommen hatte, sagte der Minister, da er sah, daß Gilda ausgezankt worden, freundlich zu ihr: „Warst Du schon lange mit dem Kammerherren spazieren gegangen, als ich Dich traf?“

„Mit dem Kammerherren?“ fuhr Frau Bennedechen auf. „Hast Du nun den wieder geplagt? Du machst Dich doch wahrhaftig lächerlich, Gilda, ihm so nachzulaufen: ja, was noch schlimmer ist, — Du machst beinahe auch ihn lächerlich.“

„Aber, Adelheid!“ wandte der Minister vorsichtig ein. „Du kannst doch selbst begreifen, Daniel, daß es einem hübschen, gefeierten Herrn wie Delphin, nicht angenehm sein kann, daß man ihn so oft mit einer Dame von — um einen milden Ausdruck zu gebrauchen — von so wenig distinguiertem Äußeren, wie unsere Gilda es ist, zusammen sieht. Das ist doch sonnenklar, wie mir scheint!“

Gilda erhob sich vom Tische und stürzte die Treppe hinauf. Sie schloß sich in ihrem schrägen Dachstuhl ein und barg sich in das Gesicht in Kopfkissen. Das war doch das schlimmste von allem; so häufig zu sein, daß ein Mann sich

dadurch lächerlich machte, wenn er sich öffentlich mit ihr zeigte. Sollte Delphin sie denn nur zum besten haben? Und sie hatte doch so gut von ihm gedacht!

Auch Frau Bennedechen meinte: „Es ist alles Deine Schuld, Daniel, hättest Du uns nicht mit Falk-Ollens entzweit, so stände alles gut, aber jetzt —“

„Ruhig, liebe Adelheid, nur ruhig; die Versöhnung ist nahe.“

„Ach, geh' mit doch mit Deinem: Ruhig, Adelheid,“ versetzte seine Gattin unwillig, indem sie den Deckel von der Schüssel nahm. Es war Kalbfleisch in Carré.

Aber in demselben Augenblicke ertönten Schritte auf der kleinen Veranda; sie hatte kaum Zeit, den Deckel wieder aufzusetzen, ehe der Großhändler Falk-Ollens in der Tür stand.

„Ah! glücklich getroffen!“ rief er strahlend, „die Herrschaften haben noch nicht mit dem Essen begonnen. Ich komme nämlich, um speziell Sie, meine Gnädige, im Namen meiner Frau zu bitten, zu uns zu kommen und ihren Kistenbraten zu probieren, auf den sie sehr stolz ist. Und Sie, Herr Staatsrat, müssen mit bei einem weichen Wortwein Gesellschaft leisten, nicht wahr?“ fügte er hinzu, indem er ihm seine Hand entgegenstreckte, „wir können heute beide etwas mehr Stärkung als gewöhnlich vertragen.“

Der Minister nahm die Hand an und drückte sie mit Wärme. Aber seine Gattin sah da wie aus den Wolken gefallen, bis ihr Mann ihr zustüßern konnte: „Sagte ich nicht, die Versöhnung sei nahe?“

Sie starrte ihn fast mit Ehrerbietung an und ließ sich willig von dem Großhändler fortführen; der Minister aber rief zu Gilda hinauf, sie müsse nachkommen, so bald sie könne.

Die Wiederherstellung des guten Verhältnisses ward durch eine Reihe von Festlichkeiten gefeiert. Es waren dies aber nicht mehr die „großen Speisungen“ — wie Delphin es nannte — sondern im Gegenteil kleinere Herrschaftsfeste, bei denen man lange am Tische saß und viele Reden hielt.

Delphin erkannte bald den Zusammenhang und ergötzte sich auf seine Weise darüber. Er verfolgte den Redakteur Mortensen, der jetzt ein häufiger Gast beim Großhändler

war, mit der ausgefuchtesten Höflichkeit, so daß dieser ganz verwirrt darüber wurde. Ober er jagte der guten „Madame Ollens“ einen tödlichen Schreck ein, indem er sie verächtete, daß der eine oder andere der neuen Gäste ein Nihilist sei und einen Revolver in der Rocktasche trüge.

Der Großhändler selbst hatte eine neue Haltung angenommen — kraß und reserviert. Er nahm nichts vor, ohne zuvor den Minister um Rat gefragt zu haben und in seinen Gesellschaften sah man niemand mehr, der nicht mit Genehmigung oder auf Geheiß des Ministers eingeladen war.

Die große „Tanzschelungung in Ollens Saal“, die in jedem Herbst gegeben wurde, war diesmal ein seiner „Thee-dansant“, und der Großhändler erteilte seiner Tochter den Wink, den Assistent Diorth nicht so unfreundlich zu behandeln.

Sophie aber nahm dies übel auf, zumal ihr Vater ihr keinen rechten Grund für seine Stellung anführen konnte. Sie war überhaupt mißvergnügt; der Kammerherr Delphin näherte sich nicht, und die Wahl zwischen Diorth und Bennedechen schien ihr ein armseliger Triumph zu sein.

Die beiden Freunde hatten einen anstrengenden Sommer gehabt. Außer ihrem Dienst im Ministerium hatten sie die Aufgabe, einen Schwager Diorths, den Großhändler Garman, der in einem Badort in der Nähe von Christiania weilte, zu unterhalten; und das hatten sie so gründlich besorgt, daß ihnen keine Zeit zur Wahrung ihrer Herzengelage übrig blieb.

Als daher die Winterzeit begann, wollte man sich nun mit Ernst daran machen, Namentlich war es Alfreds Plan, alles aufzubieten, um die Gattin, der jungen Frau in der Portierwohnung zu gewinnen. Aber eines Tages nahm die Staatsrätin ihren Sohn Alfred vor und vertraute ihm insgeheim etwas an, was zur Folge hatte, daß er sich um die Christine nicht mehr kümmerte.

Mit Christine war eine auffallende Veränderung vorgegangen. Das glänzende Haar war ganz eingetrocknet und den ganzen Winter über war sie leidend, hatte oft Hals-schmerzen und Reizen in den Gliedern.

Ihr Mann galt ebenso lächelnd und lautlos umher wie früher. Sie hatte von der Hochzeit her einen starken Widerwillen gegen ihn behalten, sie lebten aber still und einträchtig und er behandelte sie gut. (Fortsetzung folgt.)

Alle Mensch wird sich sagen, daß er damit ja doch nicht durchdringt und daß er deshalb die Dinge laufen läßt. Ich meine, die Regierung sollte doch ernstlich die Frage prüfen, ob sie nicht der Resolution, die ich zu Anfang verlesen habe, jetzt endlich Folge geben will. Weil eben die Kommission damals selbst Zweifel hegte, daß der Seemann durch die Seemannsordnung genügend geschützt sei, hat sie diese Resolution beschloffen, die dann der Reichstag einstimmig angenommen hat. Wenn die Kommission geglaubt hätte, daß die Resolution von den verbündeten Regierungen einfach ad acta gelegt würde, so würde die Seemannsordnung in ihrer heutigen Gestalt nicht Gesetz geworden sein. (Sehr wahr!) bei den Sozialdemokraten.) Auf dem Lande haben wir Fabriksinspektoren und andere Instanzen, welche kategorisch auf Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften dringen, aber den reichen Rednern darf man niemals sagen, dies oder jenes müßte ihr durchzuführen. Die muß man immer mit Samthänden anfassen. Wenn die Regierung der Resolution nicht nachkommt, so macht sie sich zum Mitschuldigen der kapitalistischen Großverbrechen. Will sie vielleicht warten, bis ein zweiter Fall „Elbe“ eintritt? In den letzten November- und Dezemberstürmen hätte sich das sehr leicht ereignen können. Im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit fordern wir endlich die Durchführung der vor acht Jahren beschlossenen Resolution. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Wundekommissar Geheimrat Lewald: Die Unfälle haben grade in den letzten Jahren abgenommen. Eine Hauptforderung der Resolution von 1902: Die Unfallversicherung ist inzwischen erfüllt. Die Seeverbände haben einen halbamtlichen Charakter. Würden wir volle Staatsaufsicht einführen, so bliebe doch die Aufsicht in den Händen der gleichen bewährten Personen, die sie auch jetzt führen. Ein gewisser Mangel war bisher, daß die Kontrolle in außerdeutschen Häfen nicht ausgeübt wurde. Aber das ändert die Seeverbände jetzt ab. (Beifall rechts.)

Reichsminister (Hr. v. G.): Die Seeverbände leisten ganz ausgezeichnetes. Herr Schwarz verallgemeinert einzelne Fälle. Seine Auffassung, daß die Seeleute arbeiten, der Kapitän und die Schiffsoffiziere nur befehlen, hätte ich einem alten Seebären nicht zugehört. (Bravo! b. d. Freis.)

Dahle (Z.) wünscht Einführung der Sonntags- und Nachtruh für die deutschen Schiffsmannschaften.

Das Kapitel wird bewilligt. Beim Kapitel „Statistisches Amt“ begründet

Bren (S.D.) die Resolution Abrecht auf Erhebungen über die Arbeiterverhältnisse der bei Herstellung von Säuren und Teerfarben beschäftigten Arbeiter, namentlich in Betrieben, die mit giftigen und explosiven Stoffen arbeiten. Daß gesetzliche Hilfe zur Abstellung der Mißbräuche in der chemischen Industrie dringend nötig ist, darüber sind sich alle in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter einig. Der ganze Gefahrenkomplex der chemischen Industrie muß erörtert werden. (Zustimmung bei den Soz.) Wir verkennen die Schwierigkeit nicht und haben uns deshalb auf Erhebungen in der Säuren- und Teerfarbenindustrie beschränkt. Die Zahl der Unfälle in der chemischen Industrie übertrifft die Zahl aller anderen Berufsgruppen und ist in den letzten zehn Jahren fortwährend gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei Herstellung von arsenhaltigen Säuren kommt es zu Vergiftungen und Verätzungen. Die Krankheitsbilder dringen durch die Haut in die Verdauungsorgane, in die Lunge und das Blut. Ähnliche Erscheinungen beobachtet man bei der Salpetersäureherstellung, wo es zu schweren nervösen Störungen, Krämpfen und auch Herzkrankheiten kommt. In diesem Zustande finden die Arbeiter dann nur noch sehr schlecht bezahlte oder gar keine Arbeit mehr. Sie verbluten an unsichtbaren Wunden, die sie auf dem Schlachtfeld der Industrie erhalten haben, ohne daß sie die Hilfe in Anspruch nehmen können, welche die Gesetzgebung für die übrigen Opfer der Industrie geschaffen hat, weil eben nur in den allerletzten Fällen solcher Vergiftungen ein Unfall als vorliegend erachtet wird. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.)

Die Explosionen haben sich seit dem Unglück in Griesheim-Elektrum recht oft wiederholt. Man muß in solchen Bezirken geweiht haben, muß die verunstalteten Gestalten, die entstellten Gesichter gesehen, die Klagen der Hinterbliebenen gehört haben, um zu wissen, wie dringend schnelle und durchgreifende Hilfe notwendig ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.) Unsere Resolution verlangt auch Erhebungen über den Arbeiterwechsel in der chemischen Industrie. Er ist ein ganz kolossaler, steigt stellenweise auf 160 pro 100 Arbeiter. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat zum Zweck die Betriebskrankheiten vor allzu großer Belastung zu bewahren und ist übrigens, wie die Sachen jetzt leider liegen, der einzige Schutz der Arbeiter vor den schrecklichen Folgen ihrer Tätigkeit. Es wird ein wahrer Raubbau mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter getrieben. Dabei ist die chemische Industrie sehr wohl in der Lage, wirksamen Arbeiterschutz zu ertragen. Aber die in ihr maßgebenden Herren denken nicht daran. Sie rühmen sich vielmehr ihres Einflusses auf maßgebende Stellen, den sie im Sinne der Hintertreibung ernsthafte Sozialpolitik benutzen. Wir bitten im Namen der chemischen Arbeiter aller politischen Richtungen um möglichst einstimmige Annahme unserer Resolution. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Faßbender (Z.) wünscht, daß die Genossenschaften reichsrechtlich zu Mitteilungen an das statistische Amt verpflichtet werden.

Gotthein (Hr. v. G.) äußert Bedenken gegen die generelle Regelung der Sonntagsruhe der Binnenschiffer.

Legien (S.D.): unterflücht den Wunsch des Abg. Faßbender. Hoffentlich wird aber dann auf dem Gebiete der Genossenschaftsstatistik besser gearbeitet als auf dem Gebiete der Statistik. Auf diesem Gebiete ist die amtliche Methode vollkommen falsch und unzureichend. Diese amtliche Statistik weiß nichts von dem Verlust an Arbeitsverdienst, nichts von den Erwerbslosen der Gewerkschaften, vor allen Dingen nichts von den erfolgreichen Lohnbewegungen, die ohne Arbeitseinstellung zum Ziele geführt haben. Sie ist also wertlos und völlig falsch und irreführend. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß man das im Reichsamt des Innern sehr gut weiß. Durch diese Statistik wird das Ausland über die wirtschaftlichen Kämpfe in Deutschland irreführt, und ich halte es für unverantwortlich, daß das Reichsamt des Innern seine Hand dazu bietet. Um eine Änderung herbeizuführen, verlangen wir, daß das statistische Amt sich mit den Gewerkschaften in Verbindung setzt. Ich bitte auch die Herren vom Zentrum in erster Linie den Weg zu gehen, den unsere Resolution weist. Liegt einmal ein Bericht des Reichstags vor, so wird wohl auch der Staatssekretär genötigt sein, ihn zu erfüllen. Bravo! b. d. Soz.)

Der Titel wird bewilligt.

Vizepräsident Erwin zu Dohna stellt zunächst die von Legien empfohlene Resolution zur Abstimmung und erklärt das Resultat für zweifelhaft. Er müsse die Abstimmung wiederholen lassen. (Bei der schwachen Befragung der Rechten und des Zentrums steht die Mehrheit des Hauses. Lebh. Zurufe b. d. Soz.: Die Mehrheit steht!)

Der Vizepräsident erklärt nunmehr die Resolution für angenommen. (Bravo! b. d. Soz.) Darauf wird die Vertrauensresolution angenommen und die andere sozialdemokratische Resolution (auf Erhebungen über die Arbeits-

verhältnisse in der Säuren- und Teerfarbenindustrie) abgelehnt.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ verbreiten sich die Abgeordneten

Jäger (Z.) und **Dr. Funck (M.)** über Wohnungsfragen. Letzterer hält reichsrechtliche Regelung der Materie für verfehlt, wünscht aber Erhebungen.

Staatssekretär **Dr. Delbrück** will die hohe Bedeutung der Wohnungsfrage nicht verkennen. Reichsrechtliche Regelung sei zu schwierig, als daß daran auch nur gedacht werden könne. Schließlich könne man dann dazu, den Familienvätern entsprechend der Anzahl ihrer Kinder die Zahl der Zimmer vorzuschreiben. (Heiter.) Viele Gemeinden hätten auf dem Gebiete ausgezeichnetes geleistet, er wolle die kostbare Zeit des Hauses nicht länger in Anspruch nehmen. (Heiter.) die hochwichtige Frage aber stets im Auge behalten. (Beifall.)

Gletschmann (Z.) wünscht großartige Bekämpfung des Wohnungselends.

Robert (Hr. v. G.) spricht von den gesundheitsschädlichen Zusätzen in der Konfektindustrie. Man dürfe aber nicht zu ängstlich sein. Schließlich ist auch Kochsalz giftig, wenn man zuviel davon genießt. (Große Heiterkeit.) Ja versuchen Sie es einmal. (Schallende Heiterkeit.) Nicht einmal **Dr. Mugdan** kann Sie dann kurlieren. (Minutenlanges Heiterkeit.) Auch die Desinfektionsmittel sind doch tödlich, wenigstens für die Bakterien. (Gr. Gtt.) Am Lachen erkennt man den Narren, heißt es.

Dem Vizepräsidenten befragt, ob er mit der letzten Bemerkung ein Mitglied dieses hohen Hauses gemeint habe, verneint Redner unter großer Heiterkeit und kommt endlich zum Schluß, indem er den Wunsch nach einem Gesundheitsbeirat für die Nahrungsmittelbranche ausspricht. (Bravo! bei den Freis.)

Baumann (Z.) fordert schärfere Maßnahmen gegen die Weinwässer.

Regierungsminister **Freiherr v. Steinen** verweist auf das neue Weingesetz.

Lehmann-Wiesbaden (S.D.): Ich weise hin auf die Bleivergiftungen, die in vielen Fällen tödlich verlaufen. Das Reichsgesundheitsamt tut nicht das Notwendige zum Schutze gegen die Bleivergiftung. Das Bleigesetz von 1903 wird keineswegs genügend durchgeführt. Wo die Kontrolle eine geringe ist, treten die Vergiftungen nicht auf. In manchen Bezirken dagegen treten so außerordentlich viele Fälle von Erkrankungen auf, daß es klar ist, daß die Ursache in einer mangelhaften Kontrolle und in der mangelhaften Durchführung des Bleigesetzes zu suchen ist. Bei den Malern und Anstreichern sind die Bleikrankheiten sogar zahlreicher als bei den Arbeitern der Bleifabriken. Besonders zahlreich sind die Erkrankungen im Bezirk Wiesbaden. Aber auch anderwärts, wo es an Gelegenheit zum Waschen und an besonderen Spezialräumen fehlt, ist die Zahl der Erkrankungen sehr hoch. Die Fabrikärzte erkennen das Übel sehr oft nicht, vielleicht weil sie in Vorurteilen befangen sind. Der Kassenarzt stellt sie ohne weiteres fest. Auch in den Staatsbetrieben steht es trotz aller Zusagen von dieser Seite genau so aus wie anderswo. Vor zwei Jahren haben wir strengere Durchführung der Maßnahmen gegen Bleivergiftung gefordert. Wir verlangten damals, daß beim Anstrich Bleiweiß überhaupt nicht verwendet wird. Es hieß, das gehe nicht. Wir wissen aber, daß es sehr wohl geht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es geht in Frankreich, in Schweden und auch in manchen deutschen Betrieben. Für die Unternehmer kommen aber lediglich Profitinteressen in Frage, und die Fabrikinspektionsbeamten sind nicht in der Lage, alle Mißstände selbst abzustellen. Wir verlangen von der Regierung unbedingt, daß strengere Maßnahmen ergriffen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluß 7¹/₂ Uhr.

Aus der Partei.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Königsberg i. Pr., die am 28. Februar in Ludwigshof abgehalten wurde, wählte auf Vorschlag der Vertrauensleute, den Genossen **Donalies**, Expedient der „Königsberger Volkszeitung“, zum ersten Vorsitzenden. In der Versammlung wurde dann bekannt gegeben, daß in der Sitzung der Vertrauensleute Genosse **Duitzow-Düsseldorf** zum Parteisekretär für Königsberg gewählt worden sei. Die Generalversammlung erklärte sich mit der getroffenen Wahl einverstanden. Da jetzt die ganze Parteibewegung im Zeichen des Wahlrechtskampfes steht, referierte der Redakteur der „Volkszeitung“, Genosse **Markwald**, über das Thema: „Der politische Massenstreik“. In der Diskussion erklärten die anwesenden Gewerkschaftsführer, daß sie gleichfalls im politischen Massenstreik eine der Hauptaufgaben erblickten, um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Preussischen Landtag erringen zu können. Sobald Zeit und Stunde für den politischen Massenstreik gekommen werden, so versicherten die Redner, auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereit sein, für ihre politischen Rechte freudig Opfer zu bringen.

Fortschritt der Parteipresse. Unser Essener Parteiblatt hat in der letzten Woche infolge intensiver Hausagitation 600 Abonnenten gewonnen. Seit September 1909 wurden der „Arbeiterzeitung“ etwa 1600 neue Abonnenten zugeführt.

Sozialistische Bekämpfer durch den Zechenverband. Die Broschüre von **Dr. Neumann**, „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin und Unternehmerin“ wird mit einem Rundschreiben an die Mitglieder des Zechenverbandes versandt, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Broschüre die Sozialdemokratie aufs äußerste bloßstelle und deshalb ihre Verbreitung in weitesten Arbeiterkreisen wünschenswert sei. Die Broschüre wird den Zechenverbandsmitgliedern für die Hälfte des Preises angeboten. Auf einigen Zechen ist die Verbreitung bereits erfolgt. Viel Glück!

Erhöhung des Parteibeitrages. Nachdem kürzlich 22 Parteiversammlungen im Reichstagswahlkreis **Mürnberg** sich mit der Frage der Erhöhung des Monatsbeitrags von 25 auf 35 Pfg. befaßt und in ihrer überwiegenden Mehrheit sich dafür erklärt hatten, fand am 28. Februar eine große, von etwa 4000 Genossen und Genossinnen besuchte Versammlung statt, um endgültig über die Frage zu entscheiden. Die meisten Redner erklärten sich für 35 Pfg. Von einer Seite wurde sogar ein Antrag auf 40 Pfg. gestellt. Nach 2¹/₂stündiger Verhandlung wurde mit allen gegen etwa 100 Stimmen der Beitrag auf 35 Pfg. festgesetzt. Eine Resolution, die den Vorstand beauftragt, beim Parteitag dahin zu wirken, daß die wirtschaftlich besser gestellten Genossen höhere Beiträge zu bezahlen haben, wurde abgelehnt.

Aus Dänemark.

Die dänischen Unternehmer sind auf dem Kriegspfade. Bereits im Sommer vorigen Jahres versuchten einige Scharfmacher Stimmung zu machen für eine Sympathieausperrung

zugunsten der schwedischen Unternehmer, was ihnen jedoch nicht gelang. Jetzt aber scheinen sie Ernst machen zu wollen mit ihren Ausperrungsplänen. Am Montag waren die Zementfabriken ihre sämtlichen Arbeiter auf die Straße und zwar aus den wichtigsten Gruben. Rund 1000 Arbeiter sind von der Ausperrung betroffen. Die Zementarbeiter leben unter den düstertesten Verhältnissen, ihr Stundenlohn betrug 28 bis 30 Dkr. Vor etwa zehn Jahren trafen diese Arbeiter ein Abereinkommen mit den Fabriken und wurde damals der Stundenlohn auf 26 bis 28 Dkr. festgesetzt, erst im Jahre 1908 wurde dieser Satz auf 28 bis 30 Dkr. erhöht. Am 1. Februar lief das Abereinkommen ab, die Verhandlungen um einen neuen Tarif scheiterten an dem Widerstand der Fabrikanten, den Stundenlohn auch nur um ein Geringses zu erhöhen.

Der Arbeitgeberverband, der sich mit dem Konflikt beschäftigte, bestimmte die Zementfabriken, daß dieser mit ihren Arbeitern gemeinsam gelöst werden sollte mit dem der Bauhilfsarbeiter, deren Tarif von den Unternehmern gekündigt worden ist, und die nun den Arbeitern einen neuen Tarif ausfrotzieren wollen. Um den allmächtigen Bauindustriellen im Arbeitgeberverband entgegenzukommen, bewilligten die Zementfabriken ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung, die jährlich nicht höher kommen dürfte als auf 15 000 Kronen, das ist pro Tag — 5 Dkr. Obwohl nun die Arbeiter bereit waren, auf Grund dieses Angebots zu verhandeln, lehnten sie jedoch die Zusammenziehung der Konflikte in den beiden Berufen ab und verlangten, daß jeder einzelne Konflikt für sich erledigt werden sollte. Auf Grund dessen brachen die Arbeitgeber die Verhandlungen ab, und die 1000 Zementarbeiter flogen am Montag auf die Straße.

Daß übrigens die Unternehmer den Kampf unter allen Umständen wollten, geht schon daraus hervor, daß sie bereits am Sonnabend nachmittag, wo die Verhandlungen noch in vollem Gange waren und sie noch garnicht wissen konnten, wie die Arbeiter sich ihren Forderungen gegenüber stellen, Order an die Zementfabriken ergehen ließen, alles zur Ausperrung bereit zu halten.

Unter der dänischen Arbeiterschaft herrscht große Erregung über das Gebaren der Arbeitgeber. Einer Arbeiterkategorie Vorteile auf Kosten einer andern zu verschaffen, ist ein ganz neuer Trieb der Unternehmer. Dieses Mauerwerk gilt vor allem, in die Einigkeit des Fabrikarbeiterverbandes, der größten dänischen Gewerkschaft, der auch die beiden in Konflikt stehenden Berufe angehören, einen Keil zu treiben. Dieser Wahrscheinlichkeit nach ist die Ausperrung der Zementarbeiter nur das Präludium zu einem großen Kampf, den die dänischen Arbeiter in der nächsten Zukunft zu führen haben werden. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften, Genosse **Madsen**, sagt selbst, daß die Unternehmer sich nicht genug sein lassen werden mit der Ausperrung der Zementarbeiter, daß jedenfalls in kurzer Zeit die Bauhilfsarbeiter nachfolgen würden, was dann weiter zur Folge haben würde, daß alle Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer, Tischler usw. in den Kampf gezogen würden. Und ist einmal der Stein im Rollen, dann gibt es kein Aufhalten mehr. Bremsen tut die Leitung der dänischen Gewerkschaftsbewegung nicht, um so weniger, als auch die Unternehmer auf einen Entscheidungskampf drängen. Sind auch die äußeren wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter auch gerade nicht günstig, so haben sie doch gegenwärtig in der politischen Konstellation in Dänemark einen nicht zu unterschätzenden Rückhalt. Die einseitige Stellungnahme der Regierung gegen die Arbeiter ist undenkbar, denn gerade die Arbeiter und die Partei ist ihre festeste Stütze. Also von der Seite bietet sich den Unternehmern keine Aussicht auf Hilfe, provozieren sie den Kampf in ihrem maßlosen Dünkel, dann werden sie auf ihre eigenen Kräfte angewiesen sein und dafür sind die dänischen Arbeiter wahrhaftig nicht bange.

Ist also die Situation auf wirtschaftlichem Gebiete äußerst kriegerisch, so gilt dies noch vielmehr von der politischen Situation. Volle vier Monate ist nun die radikale Regierung am Ruder und noch immer nicht ist es den Konservativen und den Liberalen der verschiedensten Schattierungen gelungen, so viele Versuche sie auch schon gemacht haben, diese Regierung zu Fall zu bringen. Sonntag für Sonntag gehen die gestürzten liberalen Minister von Versammlung zu Versammlung und bramarbathieren, daß es nun höchste Zeit sei, mit dieser Regierung Schluss zu machen, und doch bringen sie es nicht dahin. Seit vier Monaten ist in Dänemark kein Titel und kein Orden mehr verliehen worden, alle die silbernen und goldenen Sterne und Kreuze liegen unter Verschluss und rosten. Kein Wunder, daß die Liberalen und konservativen Manneskeulen in zorniger Wut bebend! Tag für Tag ist deren Presse voll der perfidesten Angriffe gegen das Ministerium. Die Hauptangriffe richten sich gegen den Landwirtschaftsminister **Paul Christensen**, denn ihm wird nachgesagt, daß er als Revisor der von Alberti geleiteten Bauernspartasse schon zwei Jahre vor dem Krach gewußt und es offensichtlich erzählt habe, daß Alberti Millionen unterschlagen, ihn aber trotzdem als seinen Freund bezeichnet habe. Tatsache ist, daß Christensen als Revisor nicht mehr gewählt wurde, weil er Alberti scharf auf die Finger sah.

Nun hat die Regierung eine Untersuchung eingeleitet, natürlich wissen alle die Liberalen und konservativen Presseheiser nichts, sie machten sich, weil der Zweck das Mittel heiligt, zum Verbreiter dieser verleumderischen Mitteilung. Genau so, wie sie vor ein paar Monaten den im Grabe ruhenden Vater des Genossen **Borgbjerg** beschuldigten, er habe Teil an den Unterschlagungen Albertis, weil er als Angestellter in dem von Alberti gegründeten Exportverein, die von diesem verübten Schwindeldien nicht entdeckt habe. Natürlich ist das Gegenteil der Fall; denn als Borgbjergs Vater Zeisel äußerte über die Richtigkeit der Bilanzen, wurde er entlassen.

Man will jetzt, wo durch die bevorstehenden Verhandlungen gegen Alberti, J. C. Christensen und Berg, die völlige Mißwirtschaft der Liberalen bloßgelegt wird, noch schnell wirtschaftliche im Lager der Radikalen und Sozialdemokraten suchen, vor den gemeinsamen Verdächtigungen schaut man dabei nicht zurück. Nützen tut es freilich nichts, Schlag auf Schlag wird von der Regierung partiert, wobei die Sozialdemokratie kräftig sekundiert. In drei Ministern hat man in den vier Monaten den Sturz der Regierung versucht, niemals ist es gelungen. Dabei haben die Radikalen und unsere Partei den Erfolg erzielt, daß der Wunsch der Opposition, auf Grund der alten Wählerlisten eine Neuwahl vorzunehmen, nicht erfüllt worden ist. Die neuen Wählerlisten sind in diesen Tagen fertig gestellt worden und liegen jetzt aus. Geht es nach dem Wunsch der Regierung, werden die Neuwahlen im Juni erfolgen, aber auf alle Fälle wartet sie mit der Auflösung des Folketings, bis ihr die Opposition eine günstige Wahlparole bietet, wozu die in der Kommission liegenden Vorlagen auf Verfassungsänderung und Neueinteilung der Wahlkreise Gelegenheit genug bieten; denn die Erste Kammer, das Landsting, mit ihrer reaktionären Mehrzahl, wird nie den Vorschlägen der Regierung zustimmen. Aber eine Wahl unter der Parole: „Fort mit den Privilegienwahlen und gleiches Wahlrecht“, hat heute in Dänemark einen kräftigen Zug. Eine sozialdemokratisch-radikale Regierung

wird die nächste Folge sein, aus der sich in kürzester Zeit eine rein sozialistische bilden wird. Und das sind keine Zukunftsträume, sondern glücklicherweise reale Tatsachen.

Gewerkschaftsbewegung.

Konfektionsarbeiterbewegung in Stuttgart. In der Stuttgarter Konfektion haben die Schneider und Zuschneider Forderungen gestellt. Den Zuschneidern wurde im Verlauf dieser Bewegung am 1. Februar gekündigt, und da sie mit vierwöchentlicher Kündigung eingestellt sind, wurden sie am 1. März ausgesetzt. In Verfolg dieser Ansetzung mußten die Schneider bei Dreifuß u. Lehmann die Arbeit einstellen, da keine zugeschnittene Ware mehr vorhanden war, auch andere Werkstätten- und Hemarbeiter wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Der Tarif für Schneider gilt noch bis 15. März.

200 Lederarbeiter der Badischen Lederwerke in Karlsruhe und Zeuthen haben den bisherigen Tarif gekündigt. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung, sowie Gewährung von Urlaub.

Das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Kürzlich hielten die Eisenbahner Leipzig eine Versammlung ab, um sich über ihre wirtschaftliche Lage auszusprechen. In einer Resolution forderten sie die gesamten Eisenbahner auf, sich in der Reichsleitung der Eisenbahnen des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu organisieren. Das hat aber die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen veranlaßt, gegen die Angekündigten und Arbeiter wiederum das Verbot der Koalition ergehen zu lassen. Sie bedroht jeden mit Entlassung, der es wagen sollte, seine wirtschaftlichen Interessen selbstständig vertreten zu wollen. Unter dem 28. Febr. erging an alle Leipziger Dienststellen folgender Akt:

Der Königl. Generaldirektion ist bekannt geworden, daß vor kurzem in Leipzig eine Versammlung stattgefunden hat, die von einer größeren Zahl von Bediensteten der Staats-Eisenbahnverwaltung besucht gewesen ist, und in der eine, von der Versammlungsleitung vorgeschlagene, zum Beitritt zur Reichsleitung der Eisenbahner des Transportarbeiterverbandes auffordernde Resolution Annahme gefunden hat.

Dieser Vorgang gibt der Königl. Generaldirektion Veranlassung, unter Bezugnahme auf die früher wiederholt ergangenen Verbote vor der Zugehörigkeit zu genannter Reichsleitung, vor jeder Unterstützung ihrer Bestrebungen und insbesondere vor dem Besuch der von ihr einberufenen Versammlungen bei Vermeidung der Entlassung aus dem Eisenbahndienst, erneut ernstlich zu warnen.

Königl. Generaldirektion der kgl. Sächs. Staats-Eisenb. v. Kirchbach.

Das ist die alte Knüppelpolitik des sächsischen Staates. Wie wenig Erfolg ihr beschieden ist, das zeigt der Hinweis auf die „wiederholt ergangenen Verbote.“

Die Gärung unter den Gelben. Zu Anfang dieser Woche hatte die Verwaltungsstelle Augsburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach dem Saalbau eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung einberufen, die sich zu einer gewaltigen Demonstration gegen den von den Augsburger Unternehmern auf die Arbeiter ausgeübten Terrorismus gestaltete. Nahezu 3000 Metallarbeiter, darunter mehr als die Hälfte Gelbe, waren erschienen und spendeten den Rednern stürmischen Beifall. Als Thema war: „Die Arbeitsverhältnisse der Maschinenfabrik Nürnberg in den Werken Nürnberg, GutsMuths und Augsburg“ festgesetzt. Zahlenmäßig konnte nachgewiesen werden, daß im Gegensatz zu anderen Werken, in Augsburg, dem Sitze der gelben Bewegung, die schlechtesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen und daß die Erfolge der gelben Organisation in unwürdiger Behandlung und Lohnreduktionen — innerhalb eines Jahres wurden die Löhne für Alfordarbeiten bis zu 60 Proz. reduziert — bestehen. Die Aufforderung an die Gelben, aus den gelben Vereinen aus- und in den deutschen Metallarbeiterverband einzutreten, wurde mit lebhaftem Bravo aufgenommen. Die Versammlung schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Gelben, ungeachtet der neben ihnen sitzenden Meister und Vorgesetzten lebhaft einstimmten. Die großartig verlaufene Versammlung hat aufs neue gezeigt, daß die gelbe Bewegung selbst an ihrer Geburtsstätte ihren Höhepunkt überschritten hat und daß die Arbeiter Augsburgs sich wieder auf sich selbst besinnen.

Soziales.

Anwaltsangelegenheiten. Verschiedene Justizministerien (Preußen, Sachsen, Bayern usw.) haben auf die Petition des Verbandes der Bureauangestellten hin sich bereit erklärt, diejenigen Anwaltsangeestellten, die infolge der am 1. April 1910 in Kraft tretenden Zivilprozessreform stellunglos werden, bei Befreiung der in den Gerichtskanzleien frei werdenden Stellen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Der genannte Verband fordert daher alle Anwaltsangeestellten, denen infolge der Zivilprozessreform jetzt oder später ihre Stellung gekündigt wird, auf, ihre Adressen, und, wenn möglich, eine Abschrift des letzten Zeugnisses an den Verband vorzustellen, Berlin, Linienstr. 8, einzulenden.

Freies Geleit für Streitverbrecher. Ende vorigen Jahres berichteten wir über die Ausweisung von drei in der Malzfabrik Warendorf in Striegau beschäftigten tschechischen Arbeitern, weil sie Mitglieder des Brauereiarbeiter-Verbandes geworden waren und sich an einer Lohnbewegung beteiligten hatten. Während der Frühstückspause wurden sie von drei Polizisten, begleitet von Polizeihunden, abgeholt und nach einem Verhör ausgewiesen. Noddkünftig gekleidet und hungrig wurden sie über die Grenze geschafft, wo sie in Ziegenhäls auf Stroh übernachteten und am anderen Morgen im tiefsten Schnee eine Stunde Weges marschieren mußten zur österreichischen Behörde. Jetzt hat sich der schon schwer Gefragten auch noch die Staatsanwaltschaft angenommen. Zwei der Ausgewiesenen haben Klageaufstellung erhalten, sie sollen sich am 9. März vor dem Schöffengericht in Striegau wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung verantworten, da sie hinreichend verdächtig erschienen, „zu Striegau im Monat November 1909 durch fortgesetzte Handlungen andere durch Drohungen und Schreckungen zum Beitritt zu einer Organisation behufs Erlangung günstiger Lohnverhältnisse zu bestimmen versucht haben.“ Als Zeugen fungieren u. a. der Malzmeister und der Fabrikbesitzer. Gleichzeitig wird den Angeklagten mitgeteilt, daß ihnen zum Zwecke des Erscheinens zu dem Termin freies Geleit gewährt wird, unter der Bedingung, daß sie eine bestimmte Route einhalten, nicht vor dem Tage des Termins das preussische Staatsgebiet betreten und daselbe vor Ablauf des Termins verlassen. Das freie Geleit erlischt, wenn auf Freiheitsstrafe erkannt wird oder die Angeklagten Anstalten zur Flucht treffen oder obige Bedingungen nicht einhalten. Der Arm preussischer Gerechtigkeit reicht weit, er

langt nach dem Streitverbrecher bis in das Ausland. Aber die Justiz ist doch auch vornehm und rücksichtsvoll; sie schert dem Wisselstäter freies Geleit zur Richtstätte und freien Abzug nach seiner Heimat im Auslande zu. Ob sie kommen werden? Wir hoffen's mit der Staatsanwaltschaft. Und wenn sie von Schuld und Vergehen freigesprochen werden, dann werden sie unter Eskorte von Polizeibeamten und Polizeihunden waldenlang nach ihrer Heimat walfahren und preussische Gerichtsbarkeit laut pfeifen. Wenn sie aber verurteilt werden. . . Na, sie werden schon nicht verurteilt werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Heilig, heilig, ist der Militarismus! Eine drakonische Strafe erhielt in Berlin der Schlosser Adolf Sternitzke wegen einer abfälligen Kritik des Militarismus. Er hatte sich wegen Verleumdung der Offiziere und Unteroffiziere des Heeres vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte fuhr eines Tages auf dem Hinterron eines Straßenbahnwagens, auf welchem sich auch der Sergeant Ackermann als Fahrgast befand. Er fing mit einem anderen Fahrgast ein Gespräch an, bei dem er gesagt haben soll, die ganze militärische Disziplin gehe nur auf eine Drangsalierung der wehrlosen Mannschaften hinaus, es sei ein Skandal, daß so etwas von oben her geduldet werde, die Unteroffiziere, Sergeanten und Feldwebel seien die größten Lumpen usw. usw. Der Sergeant Ackermann ließ die Persönlichkeit des Angeklagten feststellen. Die Folge war die Erhebung der Anklage. Der Angeklagte stellte die Sache so dar, daß seine Äußerungen teils mißverstanden, teils zu seinen Ungunsten aufgefaßt worden seien. Zwei Belastungszeugen sagten jedoch zu seinen Ungunsten aus. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der ausgestoßenen Verleumdungen sechs Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu vier Monate Gefängnis und sprach dem Kriegsminister die Befugnis zur Veröffentlichung des Urteils in der „Parole“ zu.

Man vergleiche mit dieser exorbitant hohen Strafe einige andere Urteile. Zum Beispiel: Dem Oberleutnant Julius Köhe vom 5. Infanterieregiment in Bamberg war bei einem Geschüttschießen am 10. Januar der Infanterist Raphael Frank, der Sohn eines israelitischen Viehhändlers aus Westheim (Unterfranken), nicht „schneidig“ genug. Er soll den Soldaten mit folgenden Titulaturen bedacht haben: „Kerl, ich reite Dich zusammen, Du kommst nicht mehr aus dem Arrest heraus!“ Und wirklich, der Oberleutnant setzte mit seinem Pferd über Frank hinweg, machte dann „leht“ und sprenge abermals über den Soldaten hinweg, der dabei so schwer durch Hufschläge getroffen wurde, daß er heute noch in ärztlicher Behandlung steht. Der Verhandlungsleiter, Oberleutnant Oskar Gmel, Kommandeur des 2. Feldartillerieregiments in Würzburg, herrschte den Soldaten Frank, der bei seiner Vernehmung nicht immer die Finger an der Hosennaht hatte, an: „Gelt, Sie Verehrtester, wir sind keine Viehhändler, wir reden nicht mit den Händen, sondern mit dem Maul! Lassen Sie Ihre Fäusten, wo sie sind!“ Die Zeugen bestätigten die Anklage, allein der Reiterleutnant wurde nur wegen Verleumdung zu zwei Tagen Stubenarrest verurteilt.

Noch ein anderes Urteil: Wegen Verleumdung und vorfälligen Schlagens eines Untergebenen hatte sich der Bize-Wachmeister Richard Heinrich Ziemann von der 5. Batterie des 6. Feldartillerieregiments Nr. 68 (Ries) vor dem Kriegsgericht in Chemnitz zu verantworten. Zunächst sei bemerkt, daß Z. von Beruf Kaufmann ist, schon den Zivilversorgungsschein besitzt und sich als Gefangenen-auffeher in einer Strafankstalt gemeldet hat, vorläufig aber ohne Kapitulation weiterdient. Sein Vorgesetzter rühmte an ihm vorzügliche Führung, aufständische Gesinnung, ernstes und bestimmtes Auftreten und großen Pflichteifer. Inwieweit diese guten Eigenschaften bei dem der Anklage zugrunde liegenden Vorfall zum Ausdruck kamen, können die Leser selbst beurteilen. Am 11. Januar befehligte Z. eine Reitübung. Der Führer W., ein „energischer und handfester“ Reiter, ritt den stürmischen Fuchs „Mikolans“, der schwer zu behandeln ist, schlecht vorwärts geht und nach hinten ausschlägt. Den konnte nun Z. während der Übung nicht völlig meistern; er mußte außer der Reihe reiten, sonst stand die Verletzung der hinter ihm gehenden Pferde zu befürchten. So selbstverständlich das Verhalten Zs war, fand es nicht nur die Zustimmung Zs nicht, sondern dieser glaubte noch ein Recht zum Tadel Zs zu haben, den er anfuhr: „Verfluchter roter Hund, reiten Sie doch vorwärts!“ Dann ließ er Z. mit dem Pferd nach der Mitte der Reitbahn kommen, nannte Z. einen „Sozi“ und schlug ihn mit der Krämpersperre an den Oberarmen. Beim Verlassen der Reitbahn sagte Z. ohne jede Veranlassung zu W.: „Hoffentlich sehen wir uns in zwei Jahren in Waldheim wieder!“ Das war Z. doch zu dumm. Diese Äußerung mußte er beim Stande der Dinge so auffassen, daß Z. als Gefangenauffeher ihn als Zuchtäusler in Waldheim hoffte empfangen zu können. Mit Recht fühlte sich der völlig unbescholtene W. durch diese Äußerung tief beleidigt und brachte nun lediglich deshalb den ganzen Vorgang zur Meldung. Als Angeklagter hatte der Mann mit der „ankündigen Gesinnung“ und „vorzüglichen Führung“ den Mut zu einer Selbstverteidigung mit faulen Ausreden, die den Eindruck erweckten, als wolle er das Gericht veralbern. Daß er geschlagen hat, wurde erwiesen. Keinen Beweis sah das Gericht dafür erbracht, daß Z. den W. habe treffen wollen (!) und sprach ihn von dieser Anklage frei. Wegen Verleumdung wurde Z. mit 14 Tagen gelinden Arrest bestraft.

Wie der Pfarrer mit seiner geliebten Gemeinde umgeht. Vom Schöffengericht in Wilkowitz wurde der katholische Pfarrer Kruchta aus Ostrowitz wegen öffentlicher Verleumdung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Kruchta hatte während seiner Predigten in der Kirche mit Bezug auf Mitglieder seiner Gemeinde öfters die Worte „Ihr räudigen Schafe und Böcke“ gebraucht. — Die Schafe liegen sich das gefallen, die Böcke aber haben anscheinend den liebevollen Hirten verdonnern lassen, weil sie die „Christlichkeit“ der Ansprachen nicht recht einzusehen vermochten.

Der Volkervertreter als Geschäftspolitiker. Der Stuttgarter „Beobachter“ hatte vor längerer Zeit in einem Artikel mitgeteilt, der bauerntümliche Landtagsabgeordnete Körner habe sich in einer Wahlversammlung in einem Ort des Oberamts Herrenberg einen Lügenbeutel heißen lassen. Landtagsabgeordneter Körner erhob Privatklage. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart am Sonnabend wurde bewiesen, daß dem Herrn Körner in der Versammlung in Gärtringen vom Genossen Harr unter lebhafter Zustimmung des größten Teils der Versammlung gesagt wurde, er (Körner) sei ein Lügenbeutel, er schmiere den Bauern drei um's Maul. Körner hat auf dieses Urteil über seine Person und seine Agitationen

welke nicht erwirbt. Der verklagte Redakteur hatte die Belziehung bestimmter Aktien des Schöffengerichts Calw geordert, nach denen unter Eid festgestellt ist, daß Körner nach einer öffentlichen Wählervermittlung sagte: „Wenn ich gewußt hätte, daß Gegner anwesend waren, hätte ich anders gesprochen!“ Der Antrag wurde abgelehnt. Weiter: wurde abgelehnt die Ladung des Oberförsters Leibniz in Echornsdorf, der bekunden sollte, daß Körner nach einer Versammlung auf den Vorhalt, weshalb er denn in so bestiger Weise agitiere, in Gegenwart eines weiteren Zeugen gesagt hat: „Ja, sehen Sie, das ist mein Geschäft, dafür werde ich vom Hund und der Landwirte mit 8000 Mark pro Jahr bezahlt. Wenn Sie (die Deutsche Partei) mir 7000 Mark geben, arbeite ich für Sie!“ Das Urteil lautete für den verklagten Redakteur auf 30 Mk. Geldstrafe.

Aus Nah und Fern.

Die verwechselten Toten. Aus Berlin wird berichtet: Eine unangenehme Überraschung erlebten die von auswärts zugereisten Eltern eines 23-jährigen Hausdieners, der auf dem Friedhof in der Eisenstraße beerdigt werden sollte. Sie hatten das Verlangen, den Sohn noch einmal zu sehen, und ließen den Sarg öffnen. Dieser enthielt jedoch die Leiche eines 63-jährigen Kassenboten, der am Tage vorher auf dem Kirchhof beerdigt worden sein sollte. Das Rätsel löste sich dahin auf, daß die beiden Leichen verwechselt wurden und daß der Hausdiener bereits am Tage zuvor von den Angehörigen des Kassenboten zur letzten Ruhe geleitet worden war.

19 Personen getötet. Aus Vereet wird gemeldet: Es ist gelungen, von den durch eine Lawine im Eisenbahnzug Verschütteten 19 Personen lebend zu bergen. Es bestätigt sich, daß 84 Personen ums Leben gekommen sind. 3 Personen liegen noch unter den Schneemassen; doch besteht wenig Aussicht, auch diese noch zu retten.

Noch gut abgelaufen. Dienstagabend wurden auf dem Südbach der Juche Prinz Wilhelm des Braunschweigischen Kohlenbergwerks bei Helmstedt 12 Mann durch Einwirkung giftiger Gase abgesehen. Bereits um 10½ Uhr war es den Rettungsmannschaften gelungen, zwei Mann zu retten, und um 1 Uhr nachts waren auch die übrigen zehn Leute glücklich lebend geborgen. Die Verunglückten erholten sich rasch wieder.

Ausföhrungen in Philadelphia. Würgerliche Mätel melden: Aus Philadelphia wird gemeldet: 5000 Streifende zogen mit Frauen und Kindern vor die Kraftstation der Straßenbahn-Gesellschaft und zündeten sie an. Darauf rissen sie die Gleise auf und umtauschten das brennende Gebäude. Die Polizei vertrieb die Menge mit Revolverkugeln. Der Generalkreis beginnt bereits. — Die Große Anklagejurgen verlegte den Präsidenten der Zentralvereinigung der Arbeiterorganisationen, Murphy, und den Arbeiterführer Pratt wegen Anstiftung zum Aufruhr in den Anklagezustand.

Durch eine Explosion wurden in der Treadwell-Mine in Alaska 23 Arbeiter getötet und viele verletzt.

Im Wahn. Im deutschen Hospital zu San Remo hat sich eine 66 Jahre alte Frau aus Kassel aus dem Fenster ihres Krankenzimmers hinabgestürzt und blieb tot liegen. Die Leiche wird nach dem Wunsch der Lebensmitleiden nach Kassel gebracht werden.

Hochwasserkatastrophe im Hudsongebiet. Der Hudsonfluß hat seine Ufer überschritten und droht mit großer Schnelligkeit die Ländereien in Albany und die Ortschaften Flion, Herkimer, Saratoga und Frankfurt unter Wasser zu setzen. Die Stadt Frankfurt ist durch das Wasser vollständig vom Verkehr abgeschnitten. Tausende sind obdachlos, da das Wasser in die Häuser eingedrungen ist. Dazu kommt die Kälte, die das Elend unter den Überschwemmten noch vergrößert. Da das Hochwasser die Bevölkerung ziemlich unvorberichtet traf, konnten nur provisorische und unzureichende Schutzmaßnahmen getroffen werden. Sehr große Verwüstungen sind in Genesee, Mohawk und Canisteo Valley angerichtet worden. Die Wasser überfluten bei Canisteo Valley das Land in einer Ausdehnung von dreißig englischen Meilen. Die Behörden beabsichtigen, die Eismassen durch Dynamit zu sprengen, um den Abfluß des Hochwassers zu erleichtern. Erste Hochwassergefahr droht auch dem Staate Pennsylvania. Auch im Staate Ohio führen die Flüsse Hochwasser.

Oldenburger Landtag.

1. Die Plenarsitzung vom Mittwoch beschäftigte sich zunächst mit einer Interpellation des Abg. Emmeking über Klagen in der Handhabung des Einkommensteuerschätzungsverfahrens im Amte Becta. Interpellant sucht an der Hand einer Reihe von Fällen darzulegen, daß der Assessor des Amtes Becta bei dem Steuereinschätzungsverfahren nicht objektiv vorgegangen sei und er in mehreren Fällen einen Ton angeschlagen habe, der als eine Verleumdung der Schätzungsausschussmitglieder aufgefaßt werden müsse. Der Regierungskommissar beantwortete die Interpellation dahin, daß die Regierung nach wie vor bestrebt sei, die bestehenden Mängel im Schätzungsverfahren abzuheben. Die weiteren Ausführungen des Regierungsdirektors gipfelten hauptsächlich in dem Hinweis, daß im Amte Becta von vornherein versucht worden ist, die Schätzungen der Landwirtschaftsbetriebe herabzudrücken. Es kommt zu einer lebhaften Debatte, in der auch über das Streitverfahren die Meinungen auseinandergehen. Da in der nächsten Tagung des Landtages eine Reform des Einkommensteuergesetzes geplant wird, will die Regierung die Frage in Ermägung ziehen, ob es sich empfiehlt, die Steuerreklamationen statt durch das Staatsministerium und Oberverwaltungsgericht durch eine Berufungskommission mit einem Regierungsvorretter und Laien erledigen zu lassen.

Es folgt die Interpellation des Abg. v. Levechow: Gedankt die Staatsregierung eine Verordnung zu erlassen, um das kinematographische Theaterwesen zu ordnen, um namentlich Aufführungen vor Kindern zu verhindern, die schädlich auf das Gemüt wirken können. Die Regierung erklärte, es schweben bereits Ermögungen, ob und inwieweit eine Regelung dieser Frage auf dem Befordnungswege erfolgen kann. Eine Besprechung der Interpellation war nicht beantragt.

Zur 2. Lesung des Brandkassengesetzes liegen eine ganze Reihe von Anträgen vor. Die wichtigste Frage, soll das Amt Feuer und Rüstungen in den Rahmen des Brandkassengesetzes einbezogen werden oder nicht, wird nach langer Debatte dahin erledigt, daß mit dem 1. Januar 1916 die Gebäude der beiden Ämter bei der staatlichen Brandkasse zu versichern sind. Etwaige noch laufende Versicherungsverträge mit Privatversicherungen sind von dem Zeitpunkt an aufgehoben. Die Weiterberatung des Gesetzes findet Donnerstag statt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: J. H. Schöwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für erwiesene Teilnahme beim
Ausscheiden unserer kleinen Gertrud
sagen allen unsern besten Dank.
Herr. Peters u. Frau.

3. 1. April mehr. 8-3. Wohn. zu
verm. Lothstr. 14. **R. Wolgast.**
Näheres Vauzer Kohbera 7. I.

Dreihimmerrwohnung u. c. leeres
Zimmer zu sofort od. zum 1. April
zu vermieten.
Mackentwischenstr. 65.

Zu vermieten per sofort oder zum
1. April mehrere Zwei- und Drei-
Zimmerwohnungen im Preise von
220 bis 400 Mk.
Nab. Mollmühlstraße 48, part. rechts.
5 kleine Damen-Maschinenstühle
billig zu vermieten.
D. Sackstr. 11a. I.

2 elegante Maschinenstühle zu
vermieten.
Seeburgstr. 11. III.

2 eleg. Damen-Maschinenanzüge
2,50 und 4 Mk.
Friedrichstraße 41. I.

Geht ein Kaufmännchen
für nachmittags.
Rosenstraße 20.

Zimmererlehrling
gesucht:
Chr. Ceb, An der Kalkenwiese 3.

Gesucht ein junges kräftiges
Mädchen, welches außer dem Hause
schlafen kann.
Fr. Luckmann, Sobmühle 1.

Gesucht eine Frau zum Heim-
machen für nachmittags
Sanktstraße 23. pt.

Bücherbort zu kaufen
Kantner, Unterrade 24. II.

Zu verkaufen 1 tl. Ruckelsuhr,
1 antiker eichener Koffer mit Kunst-
beschlag und 1 Schrank (Alttertum)
Wilhelmstraße 8. part.

Billig Grammophon m. Platt.
gut spielend. Preis 28 Mk.
Sedanstraße 7.

Ein mahagoni Eckschrank
zu verkaufen. Wafenstr. 7. III.

Zu verkaufen ein kleines Haus
mit 2 Wohnungen
Gr. Bogellang 13a, Burgtor.

Futterrüben zu verkaufen.
Mittelstraße 2a.

Sonnabend und
Sonntag stehen
zum Verkauf.
Krögers Gasthof, Schwartau.

Stallung in hiesiger Weise ab-
zugeben.
Kahlhorststraße 10a.

Kinder-Garderobe für Knaben
und Mädchen wird preiswert ge-
arbeitet. Dasselbst wird Wäsche ge-
näht u. ausgebessert. Marktstr. 67. III.

Groß billiger Verkauf.
Nur vom 5. bis inkl. 12. März.
Ein großer Posten Kleiderstoffe,
glatt u. kariert, Jute-, Bezug-,
Schürzen-, Hemdent-, Placell-,
Futterstoffe, ferner Reste zu
Knaben-Anzügen fast für die
Hälfte des bisher. Wertes.
Sehr günstige Kaufgelegenheit.
Partiwarenhaus Bedeferg. 61.

Zur Konfirmation
in größter Auswahl
Konfirmanten-Anzüge
28⁰⁰ 23⁰⁰ 19⁰⁰ 15⁵⁰ 7⁵⁰

Unterzeugen u. Wäsche
:: Hüte u. Mützen ::
F. Jürgensen,
Ecke Fackelburger u. Schwart. Allee.
Rote Rabattmarken.

Was braucht
ein Herr??
Wäsche, Krawatten,
Unterzeuge, Schirme,
Stöcke, Hüte etc.
Er kauft sie am besten bei
Hans Kamerhuis
obere Wahnstr. 17.
Fernsprecher 2085.

Jugend-
Liederbuch
Preis: kartoniert 20 Pfennig
gebunden 30 Pfennig
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Emil Württenberger
Kohlmarkt 8. Lübeck. Markt 8.
Sämtliche Herren-Artikel:
Hüte :: Krawatten :: Wäsche

Primaria ig. fettes Fleisch
und sehr dicke Stomen.
Ernst Wulff,
Dankwartsgrube 34.
Filiale: Fischergrube 41.

Empfehle einen wirklich schönen,
garantiert reinen
Kakao
Pfd. 1.00 u. 1.20 Mk.
H. Bülek,
Kaffee- und Tee-Handlung,
Breitestr. 54. Fenster. 149.

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

T. Atmer,
Schlachtere, Königstr. 48b.

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

Empfehle diese Waage:
Pa. kernfettes Rindfl. Pfd. 60 Pfg.
" Bratenstücke Pfd. 65 "
" Rollfleisch 80 "
" Scheib.-Beefsteak Pfd. 100 "
" Gulasch u. Gehacktes .. 70 "
" Roastbeef u. Filet .. 70 "
" Kalbfleisch Pfd. 50 u. 60 "
" Schweinefleisch .. 75 "
" kleine Schinken .. 80 "
" Flomenschmalz .. 85 "

Infolge der gesunkenen **Schweinepreise** offeriere ich fast sämtliche
Fleisch- und Wurstwaren um

ca. 10-12 Proz. billiger.

Gekochte Mettwurst I Pfd. 110 Pfg.	Zerelatwurst i. Fettdarm Pfd. 140 Pfg.
Leberwurst I " 110 "	Landrauch-Mettwurst " 130 "
Hausmacher-Leberwurst " 110 "	Zerelatwurst i. Mitteldarm " 120 "
Hamburger Sardellenleberwurst " 110 "	Salami " 120 "
Braunschweiger Mettwurst " 120 "	Plockwurst I " 110 "
Zwiebelleberwurst " 90 "	do. II " 90 "
Thüringer Blutwurst " 100 "	Speck, fett und mager " 90 "
do. Napfsülze " 110 "	Gothaer Sülze " 120 "
Bratwurst " 80 "	Kaiser-Jagdwurst " 90 "

Teewurst, hervorragend im Geschmack, im ganzen Stück Pfd. 130 Pfg.
" Aufschnitt " 140 "

Braunschweiger Blutwurst Pfd. 50 Pfg.	Leberwurst Pfd. 50 Pfg.
Krellwurst " 50 "	Kuheuter " 50 "
Presskopf Pfd. 60 Pfg.	

Ausserdem auf sämtliche Waren 4 Prozent Rabatt.

Verkauf in meinen sämtlichen Detailgeschäften.

Thüringer Wurst- und Fleischkonservenfabrik
August Scheere.

Konfirmanten-Anzüge

8⁵⁰ 11⁰⁰ 13⁵⁰ 15⁰⁰ 16⁵⁰ 18⁰⁰ bis 29⁰⁰ Mk.

Herren-Anzüge

8⁷⁵ 12⁰⁰ 13⁵⁰ 17⁵⁰ 21⁰⁰ 23⁵⁰ bis 48⁰⁰ Mk.

in grösster Auswahl und tadelloser Verarbeitung.

Johannes Reimers

Ecke Warendorp- und Drögestraße.

Drenske's Stiefel sind die besten.

Für Stotternde! Am Sonnabend, dem 5. d. M.,
von 11-1 und von 2-7 Uhr, und
am Sonntag, dem 6. d. M., von 10-2 Uhr, findet in Lübeck, Hotel
Deutsches Haus, Sprechstunde statt, woselbst Auskunft erteilt wird über
mein neues radikales Heilverfahren. Praktische Ärzte und Lehrer, die
zurzeit selbst Stotternde unterrichten, sind zuerst von mir geheilt.
(Manche hatten vorher bis zu 8 Anstalten ohne den erwünschten Erfolg
besucht.) Diesbezügliche Originalzeugnisse stehen zur Verfügung. Leidende
können sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode durch Selbstunter-
richt in kurzer Zeit von dem Übel befreien (ohne Medikamente). Bei
Kindern kann das Übel von den Eltern beseitigt werden. Versäume es
im eigenen Interesse kein Leidender, meine Sprechstunde zu besuchen. Im
letzten Jahre gingen bei mir über 300 Dankgebühren von Personen ein,
die sich in kurzer Zeit mit meiner Methode selbst geheilt haben. Diese
Briefe liegen zur gefälligen Einsicht aus. Früher war ich selbst sehr
starker Stotterer und habe mich, nach vielen erfolglosen Kuren in den
besten Anstalten, selbst geheilt. Mein Verfahren wird sogar von Be-
hörden erworben und in Schulen angewandt. Für die Auskunftserteilung
zu eine Gebühr von 1 Mk. zu entrichten. Internationale Sprachheil-
Anstalt Hannover, Brühlstraße 11. Direktor Warnecke.

Karbonade Pfund 80 Pfg.
Ger. Schweinsbad. 75 Pfg.
ohne Knochen pro Pfund
la. Schweinefleisch 70 Pfg.
Bratenstücke pro Pfd.
Prima weißes Schmalz
v. nur eig. Schlachtungen,
pro Pfd. 85 Pf., bei Ab-
nahme v. 4 Pfd. pro Pfd.
Ba. Kuhener pro Pfd.
50 Pfg., bei Abnahme
von 2 Pfund pro Pfund
Ig. fett. Rindfleisch pro Pfd. 60 Pfg.
Kollfleisch 80 Pfg. Scheibendeckel
I. M., II. Rauchstücke 85 Pfg.
Kohlwurst 60 Pfg., gef. Mettwurst
70 Pfg., Leberwurst 70 Pfg.,
Bratwurst 50 Pfg., Schwarzwurst
10 Pfg., Abfallknochen Pfd. 10 Pfg.
M. Lahrtz, Büttcherstraße
16.

Seize Quackwurst,
Brotwurst } St. 10 Pf.
Leberwurst }
Kopffleisch.
Heinr. Viereck
Südraße 96.

Nicht übersehen!
Empfehle Sonnabend
Markthallenstand 24:
Schweinefleisch Pfd. 70 Pfg.
Karbonade Pfd. 80 Pfg.
Kalbfleisch Pfd. 40 Pfg.
Seulen Pfd. 50 u. 60 Pfg.
F. Schröder,
früher Königstraße 48b.



Empfehle:
Prima ig. fettes Fleisch
und sehr dicke Stomen.
Ernst Wulff,
Dankwartsgrube 34.
Filiale: Fischergrube 41.